

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

USBEKISTANS AFGHANISTAN-POLITIK

■ ANALYSE

- Usbekistans Politik gegenüber Afghanistan:
Ein neuer Ansatz für ein altes Problem? 2
Von Azam Isabaev, Hamburg

■ INTERVIEW

- »Wir sind offen für alle«.
Interview mit dem ersten stellvertretenden Außenminister Usbekistans,
Ilchom Nematow 6

■ CHRONIK

15. Dezember 2018 – 15. Februar 2019 9
Kasachstan 9
Kirgistan 11
Tadschikistan 13
Turkmenistan 16
Usbekistan 18

Usbekistans Politik gegenüber Afghanistan: Ein neuer Ansatz für ein altes Problem?

Von Azam Isabaev, Hamburg

Zusammenfassung

Neben umfassenden Reformen im Innern hat der Machtwechsel in Usbekistan Ende 2016 auch zu einer Revision der Außenpolitik des Landes geführt. Seitdem ist Usbekistan von seiner traditionell die Eigenständigkeit betonenden außenpolitischen Haltung zu einer proaktiven Politik übergegangen. Dieser Paradigmenwechsel ist am deutlichsten an der Politik Taschkents gegenüber seinen Nachbarn erkennbar. Das seit langem bestehende Muster usbekischer Außenpolitik, mit der Begriffe wie Skepsis, Isolationismus und Arroganz assoziiert wurden, hat sich gewandelt zu intensivem Dialog, gegenseitigem Verständnis und enger Zusammenarbeit. Dieser neue Ansatz hat auch Auswirkungen auf die Beziehungen zu Afghanistan. Usbekistans von Sicherheitsüberlegungen dominierte Politik hat sich in Richtung eines verstärkten politischen Dialogs, intensiveren Handels und humanitärer Zusammenarbeit verändert und steht damit in einem eindeutigen Kontrast zur früheren Praxis. Gleichzeitig ist die usbekische Afghanistanpolitik, deren Wurzeln bis in die frühen 1990er Jahren zurückreichen, im Kern die gleiche geblieben. Nach wie vor nimmt das Land einen äußerst wichtigen Platz auf der usbekischen außenpolitischen Agenda ein.

Von den drei zentralasiatischen Staaten, die an Afghanistan grenzen, hat Usbekistan die mit 137 km kürzeste, aber am stärksten gesicherte Grenze zu Afghanistan sowie das größte militärische Potenzial. Dennoch war Usbekistan stets das Land, in dem die stärkste Besorgnis über die Lage in Afghanistan gehegt wurde. Traditionell wurde die Politik Taschkents gegenüber seinem südlichen Nachbarn von Sicherheitsbedenken und wirtschaftlichen Interessen geleitet. Aus wirtschaftlichen Gründen hat Usbekistan – ein durch zwei internationale Grenzen vom Meer abgeschnittener Staat – Afghanistan immer als aussichtsreichen Zugang zu den Verbindungslinien über See betrachtet, wie auch als vielversprechende Möglichkeit, seine Handelsrouten zu diversifizieren und auszubauen. Allerdings haben jahrelang Sicherheitsbedenken den usbekischen Diskurs zu Afghanistan dominiert, während wirtschaftliche Überlegungen zunehmend in den Hintergrund traten. Das führte in der Konsequenz zu einer äußerst stark auf Kontrolle bedachten und begrenzten Art der Zusammenarbeit. Durch den Machtwechsel Ende 2016 nach dem Tod von Islam Karimow entwickelte sich ein neues Muster in der Außenpolitik. Anders als sein Vorgänger verfolgt der neue Präsident Schawkat Mirsijojew eine proaktive Außenpolitik, in der die bilateralen Beziehungen verbessert, die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit intensiviert und die regionale Konnektivität, das Netz der regionalen Verbindungen, verstärkt werden. Vor dem Hintergrund dieses allgemeinen Wandels der usbekischen Außenpolitik hat sich auch die Interaktion mit Afghanistan verändert. Dieser Wandel tritt vor allem in der Intensivierung und der Ausweitung der bilateralen Beziehungen zu Tage. Mehr noch: Dieses Engage-

ment umfasst nun auch die Bereiche Bildung und Kultur, was in den usbekisch-afghanischen Beziehungen seit 1991 ein Novum darstellt.

Die Afghanistanpolitik unter Karimow

Die usbekische Außenpolitik im Allgemeinen und die Afghanistanpolitik im Besonderen wurde unter der Herrschaft von Islam Karimow von einer Kombination aus ideellen und objektiven Faktoren geprägt. Zu den ideellen Faktoren gehörten bestimmte außenpolitische Prinzipien, die von Karimow formuliert und vorangetrieben wurden, etwa politische Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, Bilateralismus und Äquidistanz. Das hat eine außenpolitische Praxis hervorgebracht, die auf Distanz zu externen Akteuren bedacht war, supranationale Strukturen mied und Interessen verfolgte, die häufig mit den Interessen benachbarter oder anderer Staaten außerhalb der Region kollidierten. In den Augen dieser Akteure war die usbekische Außenpolitik eine Manifestation von Ambivalenz, Arroganz und überzogenen Ambitionen. Karimows Politik gegenüber Afghanistan stand sicherlich auch unter der Wirkung der Entwicklungen vor Ort. Allerdings führte letzteres mit der Zeit lediglich zu einer Verstärkung jener Prinzipien, von denen seine Außenpolitik von Beginn an geleitet wurde.

Afghanistan ist immer ein integraler Bestandteil des offiziellen usbekischen Diskurses gewesen. Das Land wurde stets mit Sicherheitsfragen in Verbindung gebracht, wie z. B. die Bedrohung durch religiösen Extremismus, Terrorismus sowie Drogen und Waffenschmuggel. Bemerkenswerterweise sind usbekische Offizielle sowohl wegen Waffenlieferungen an aufständische Gruppen als auch an die Regierung besorgt gewesen.

Aus Sicht Taschkents hätte die mangelnde Kompetenz der afghanischen Armee und deren möglicher Zusammenbruch dazu führen können, dass ihr militärisches Arsenal den Aufständischen in die Hände fällt. Darüber hinaus hat Instabilität in einem anderen Nachbarstaat – der Bürgerkrieg in Tadschikistan und dessen grenzüberschreitende Auswirkungen auf Afghanistan – dazu geführt, dass Taschkent die Leistungsfähigkeit Tadschikistans im Sicherheitsbereich traditionell skeptisch einschätzte und die tadschikisch-afghanische Grenze gewissermaßen als seine »zweite« Grenze zu Afghanistan betrachtete. Diese Haltung verstärkte sich später, nachdem die »Islamische Bewegung Usbekistans« (IMU) tadschikisches Territorium für Angriffe auf Usbekistan nutzte, bevor sie nach Afghanistan umzog.

Bereits 1993 war Usbekistan in der Lage, sich als weiterer einflussreicher und unabhängiger externer Akteur auf der politischen und militärischen Bühne Afghanistans zu etablieren. In dem Bürgerkrieg, der dem Sturz des Regimes von Nadschibullah im Jahr 1992 folgte, setzte Taschkent auf Abdul Raschid Dostum, einen Militärführer in Nordafghanistan (und Angehörigen der usbekischen Minderheit), der seine Basis in Masar-e-Scharif hatte, der Hauptstadt der Provinz Balch, der einzigen afghanischen Provinz mit einer Grenze zu Usbekistan. Dostum wurde von Taschkent mit Waffen, Ausrüstung und Treibstoff versorgt. Später spielte Usbekistan eine wichtige Rolle bei der Schaffung der Nordallianz im Oktober 1996. Diese sollte die unterschiedlichen afghanischen Fraktionen gegen den stärker werdenden gemeinsamen Gegner, die Taliban, vereinigen. Es war vor allem der Einfluss Taschkents, der Dostum dazu brachte, sich der Allianz gegen die Taliban anzuschließen, was die militärische Stärke der Allianz erhöhte.

Die Unterstützung Dostums war nicht durch ethnische Solidarität diktiert, sondern vielmehr von pragmatischen Interessen. Karimow unterstützte ihn, so lange er Usbekistans wichtigstes Interesse bedienen konnte, nämlich eine Pufferzone in Nordafghanistan sicherzustellen. Diese Konditionalität wurde offenbar, als sich das Verhältnis zu Dostum drastisch verschlechterte, nachdem die Taliban nach Norden vorgerückt waren und er aus dem Land fliehen musste. Das geschah zweimal, 1997 und 1998, und beide Male floh er nicht nach Usbekistan, sondern in die Türkei. Der Vorrang geopolitischer Überlegungen vor ethnischer Gemeinsamkeit wurde ab Mitte der 2000er Jahre noch deutlicher, als Usbekistan informelle Beziehungen auch zu anderen einflussreichen Anführern aus Nordafghanistan aufnahm, etwa zu Atta Mohammad Nur (einem tadschikischen Politiker, der 2004 bis 2018 Gouverneur der Provinz Balch war) und zu Mohammad Mohaqiq (einem hasarischen Politiker). Diese Persönlichkeiten kamen

gelegentlich sogar zur medizinischen Behandlung und zum Urlaub nach Usbekistan.

Die puritanisch islamische Ideologie der Taliban war der Hauptgrund, warum Usbekistan sich hinter die Nordallianz stellte. Ende der 1990er Jahre jedoch änderte das Land seine Position: Karimow stoppte seine Unterstützung für die Allianz und begann, sich gegen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans auszusprechen. Darüber hinaus wurde seine Rhetorik gegenüber den Taliban weniger konfrontativ und es wurden geheime Unterredungen mit ihnen aufgenommen. Dieser Wandel in der Haltung Taschkents wurde durch den Vormarsch der Taliban in Nordafghanistan bis an die Grenze zu Usbekistan einerseits und durch die Infiltrierungsversuche der IMU andererseits verursacht.

Seit den frühen 1990er Jahren waren diplomatische Bemühungen zur Beförderung eines Friedensprozesses in Afghanistan zentraler Bestandteil der usbekischen Afghanistanpolitik. Auf Karimows Betreiben unterstützten die Vereinten Nationen die Einrichtung einer sogenannten 6 + 2-Kontaktgruppe, die von 1997 bis 2001 tätig war und sechs Nachbarstaaten Afghanistans sowie zwei Akteure außerhalb der Region – Russland und die USA – umfasste. Im Juli 1999 fand in Taschkent ein Treffen dieser Kontaktgruppe statt, zu dem auch Vertreter der Nordallianz und der Taliban erschienen. 2008 schlug Karimow vor, diese diplomatische Plattform in verändertem Format wiedereinzuführen, diesmal als 6 + 3-Gruppe unter Beteiligung der NATO. Diese Initiative erhielt international jedoch keine Unterstützung und 2013 stellten die Vertreter Usbekistans ihre Bemühungen ein.

In der Zeit nach dem 11. September 2001 spielte Afghanistan in Karimows Schaukelpolitik bei der Zusammenarbeit mit externen Akteuren eine wichtige Rolle. Usbekistan unterstützte die NATO/ISAF-Mission in Afghanistan, indem es Militäreinrichtungen zu logistischen Zwecken zur Verfügung stellte – in Karschi-Chanabad (für US-Streitkräfte, bis Mitte 2005) und in Termes (für deutsche Streitkräfte, bis Ende 2015). Nach der erheblichen Verschlechterung der Beziehungen zum Westen in Folge des Aufstandes in Andischan 2005, die unter anderem die Schließung des US-amerikanischen Luftwaffenstützpunktes nach sich zog, ging Karimow Bündnisbeziehungen mit Russland ein und kehrte in die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO) zurück. Später allerdings bewirkten die logistischen Bedürfnisse der Koalition in Afghanistan eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit Usbekistans mit dem Westen. Usbekistan wurde zu einem der wichtigsten Transitbereiche für die neue zusätzliche Versorgungskette, das *Northern Distribution Network*, das

2009 gestartet und seit Mitte 2012 für den Abzug der internationalen Streitkräfte aus Afghanistan genutzt wurde. Mitte 2012 verließ Usbekistan die CSTO erneut. Während die offizielle Erklärung darauf verwies, dass Usbekistan den kollektiven Ansatz der CSTO zu Afghanistan ablehnte, interpretierten Beobachter den Austritt als einen Versuch Taschkents, einen Teil der militärischen Ausrüstung zu erhalten, die die USA und die NATO aus Afghanistan abzog. Es ist nicht endgültig klar, ob dies tatsächlich eine Rolle gespielt hat, aber 2015 überließen die USA Usbekistan über 300 gepanzerte Fahrzeuge. Sie stammten zwar von Standorten außerhalb Afghanistans, dies soll aber die größte Spende gebrauchter militärischer Ausrüstung gewesen sein, die die USA bis zu diesem Zeitpunkt an ein anderes Land getätigt haben.

Allgemein tendierte die Afghanistanpolitik Usbekistans angesichts des Rückzugs der internationalen Streitkräfte aus Afghanistan seit Mitte 2012 stärker zu Alarmismus und Isolationismus. Wenige Monate nach dem Austritt aus der CSTO verabschiedete Usbekistan ein neues außenpolitisches Konzept, das unter anderem eine Reihe von Beschränkungen einführte, etwa hinsichtlich der Mitgliedschaft in militärischen Bündnissen und der Errichtung ausländischer Militärstützpunkte auf usbekischem Boden. In Bezug auf Afghanistan betonte das Konzept, neben den Gefahren für die Sicherheit, den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, und es bestimmte »Bilateralismus« als Usbekistans einziges Format zur Interaktion mit diesem Staat. Letzteres war eher eine Formalität als eine Neuerung, da Usbekistan auch vorher in seinen Außenbeziehungen stets bilaterale Beziehungen bevorzugt hat, auch zu Afghanistan.

Die neue Afghanistanpolitik unter Mirsijojew

Die außenpolitische Praxis unter Schawkat Mirsijojew steht in klarem Kontrast zu der seines Vorgängers. Am offensichtlichsten manifestiert sich dieser Unterschied in seiner Nachbarschaftspolitik. Anstelle von Selbstisolierung, Konfrontation und Skepsis betreibt der neue Präsident eine Nachbarschaftspolitik, die auf proaktivem Engagement, intensivem Dialog und gegenseitigem Vertrauen gründet. Diesem Muster unterliegt auch seine Afghanistanpolitik, die zu einer signifikanten Intensivierung in den usbekisch-afghanischen Beziehungen geführt hat. In den letzten beiden Jahren haben sich die Präsidenten beider Staaten sechs Mal zu Gesprächen getroffen. Darüber hinaus gab es Dutzende Besuche unterschiedlicher Regierungsdelegationen in beiden Richtungen. Auch das Spektrum der Beziehungen hat sich erweitert. Jenseits der traditionell wichtigen

Bereiche Sicherheit und Wirtschaft hat Usbekistan die Zusammenarbeit auch auf humanitäre Bereiche wie Bildung und Kultur ausgeweitet.

In Taschkent ist man immer noch über die Situation in Afghanistan besorgt, aber der traditionelle, von Sicherheitsüberlegungen dominierte Ansatz hat der Vereinfachung wirtschaftlicher Verbindungen und der Konnektivität den Vorrang gegeben. 2017 verabschiedeten beide Seiten eine Roadmap über Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft, die ein ambitioniertes Ziel beinhaltet: Das bilaterale Handelsvolumen soll in den kommenden Jahren auf über 1,5 Mrd. US-Dollar gesteigert werden (2018 hatte es ca. 601 Mio. US-Dollar betragen). Seit November 2017 gibt es eine direkte Flugverbindung zwischen Kabul und Taschkent. Darüber hinaus hat Usbekistan in Termes, einer usbekischen Stadt an der Grenze zu Afghanistan, die grenzüberschreitende Konnektivität verbessert. Afghanische Unternehmer hatten sich z. B. beschwert, dass ihre Fracht andauernd an der usbekischen Zollstation festgesetzt wurde, was zu häufigen Verspätungen führte. Seit August 2018 gibt es nun ein Abkommen, das das Transitregime vereinfachen soll. Ebenso wird über die Einrichtung einer Freihandelszone an der Grenze diskutiert. Darüber hinaus hat Afghanistan im Oktober 2018 in Termes ein Konsulat eröffnet.

Energie- und Verkehrsprojekte sind traditionelle Prioritäten der usbekischen Afghanistanpolitik. Bereits 2011 wurde die Eisenbahnstrecke Termes–Hairatan bis nach Masar-e-Sharif verlängert. Diese grenzüberschreitende Route ist zu einer strategisch wichtigen Transitstrecke in Nordafghanistan geworden, und zwar für den Handel wie für den militärischen Nachschub (für die NATO-Mission). Jetzt stehen zwei Projekte zum Ausbau dieser Verbindung auf der Tagesordnung. Das erste ist die Eisenbahnstrecke Masar-e-Scharif–Herat, über die während des Staatsbesuchs des afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani in Usbekistan im Dezember 2017 ein Abkommen unterzeichnet wurde. Das zweite ist das Projekt Masar-e-Scharif–Kabul–Peschawar, das im Dezember 2018 eine vorläufige Unterstützung durch Usbekistan, Afghanistan, Pakistan, Kasachstan und Russland erfuhr.

Mit der Unterstützung dieser beiden Projekte verfolgt Usbekistan das Ziel der Schaffung von grenzüberschreitenden Korridoren, die von Termes bis in die iranischen Seehäfen Tschabahar und Bendar Abbas einerseits, und bis zum pakistanischen Hafen Karatschi andererseits reichen sollen.

Ebenso beabsichtigt Usbekistan, seine Stromexporte nach Afghanistan zu erhöhen. Die Präsidenten beider Staaten haben ein Abkommen über den Bau der Stromtrasse Surchan–Puli-Chumri unterzeichnet, mit der die Stromlieferungen um 70 % auf bis zu 6 Mrd. kWh erhöht werden können. Zusätzlich reduzierte Usbekistan den Preis für Stromlieferungen nach Afghanistan von 7,6 auf

5 US-Cent pro kWh. Darüber hinaus verkündeten usbekische Offizielle, dass die neue Stromtrasse Afghanistan in das zentralasiatische Energiesystem integrieren und Teil des »Zentralasien-Südasiens-Stromprojektes« (CASA-1000) sein werde. Usbekistans Unterstützung für CASA-1000 erscheint logisch, da Mirsijojew die Wasserkraftprojekte Rogun (Tadschikistan) und Kambar-Ata (Kirgistan) bereits akzeptiert und eine Wiederherstellung des einheitlichen zentralasiatischen Energiesystems befürwortet hat.

Auch die jüngste Kooperation Usbekistans mit Afghanistan im humanitären Bereich kann als Neuerung in Taschkents Afghanistanpolitik betrachtet werden. Ende Januar 2018 wurde in Termes ein Bildungszentrum für afghanische Studierende eröffnet. Bis Anfang 2019 hat das Zentrum rund 130 afghanische Studierende aufgenommen, die in einem zweijährigen Programm usbekische Sprache und Literatur sowie technische Fächer mit Bezug zur Eisenbahnindustrie studieren. Eine andere neue Institution ist die »Usbekisch-afghanische Freundschaftsgesellschaft«, die Mitte September 2018 in Taschkent gegründet wurde. Die Gesellschaft plant für das Jahr 2019 Kulturveranstaltungen, die den »100 Jahren usbekisch-afghanischer Freundschaft« gewidmet sein sollen.

Diplomatische Aktivitäten, die sich auf den Friedensprozess konzentrieren, bilden aber nach wie vor das Hauptmerkmal der usbekischen Afghanistanpolitik. Die internationale Afghanistan-Konferenz, die im März 2018 in Taschkent stattfand, erinnerte in vielem an die früheren Bemühungen Usbekistans, in den Friedensverhandlungen zu Afghanistan seine Vermittlung anzubieten. Gleichzeitig sind aber auch neue Nuancen in der usbekischen Diplomatie zu erkennen. Erstens war diese Konferenz verglichen mit den 6 + 2-Verhandlungen sehr viel breiter angelegt, sowohl hinsichtlich der Tagesordnung wie auch der Anzahl der teilnehmenden Länder. Neben Afghanistan waren dessen unmittelbare Nachbarn sowie die USA und Russland und eine Reihe anderer wichtiger Akteure vertreten, u. a. Indien, Saudi-Arabien, die VAE, Katar, Japan, die Türkei und die EU. Zweitens verkündete die Abschlusserklärung der Konferenz u. a. die Unterstützung einer Integration Afghanistans in das regionale Netz der Wirtschaftsbeziehungen in Süd- und Zentralasien. Dies ist mit Blick auf Usbekistan deshalb besonders bemerkenswert, weil sich das Land nun, im Gegensatz zu früher, aktiv für eine bessere Konnektivität der Region einsetzt. Diese neue Tendenz wird auch in anderen Aktivitäten Taschkents sichtbar, etwa in dem jährlichen Ministertreffen unter dem Titel »Indien-Zentralasien-Afghanistan-Dialog«, das im Januar 2019 in Samarkand gestartet wurde, oder auch bei der 8. Afghanistan-Konferenz für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit (RECCA-VIII), die in der zweiten Jahreshälfte 2019 erstmals in

Taschkent stattfinden soll. Drittens besteht die Taschkenter Plattform diesmal nicht auf Exklusivität. Zuvor war das Scheitern des 6 + 3-Formats als eine Art persönliche Beleidigung wahrgenommen worden. Als Reaktion hat Usbekistan andere, alternative Plattformen wie den »Istanbul-Prozess« ignoriert. Jetzt treibt Taschkent nicht nur die eigene Verhandlungsplattform voran, sondern unterstützt auch andere Formate wie den »Kabul-Prozess«, den »Istanbul-Prozess«, das »Moskau-Format« sowie die Kontaktgruppe »SCO – Afghanistan«, die von 2005 bis 2009 tätig war und 2017 reaktiviert wurde.

Entgegen allen Erwartungen nahmen die Taliban nicht an der internationalen Afghanistan-Konferenz in Taschkent teil. Gleichwohl haben Vertreter der usbekischen Diplomatie (in erster Linie Außenminister Abdullasis Kamilow und der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Afghanistan, Ismatulla Irgaschew) Gespräche mit den Taliban geführt. Im Juni 2018 fanden in Doha und im August 2018 in Taschkent bilaterale Unterredungen statt. Neben den Taliban unterhält die usbekische Seite auch zu anderen wichtigen afghanischen Politikern Kontakte. Offensichtlich möchte Usbekistan, dass seine Vermittlerrolle von allen interessierten Seiten – sowohl innerhalb, wie auch außerhalb Afghanistans – akzeptiert wird, um die Taschkenter Plattform als passender und stärker auf Konsens basierend darzustellen.

Fazit

Sicherheitsfragen, wirtschaftliche Interessen und Diplomatie sind die traditionellen Komponenten der usbekischen Afghanistanpolitik. Seit dem Machtwechsel 2016 hat die usbekische Außenpolitik einen Wechsel weg von ihrem seit langem vorherrschenden isolationistischen und restriktiven Ansatz hin zu einem Vorgehen vollzogen, das stärker auf proaktivem Engagement und intensivem Dialog gründet. Dieser neue Ansatz leitet auch die usbekische Afghanistanpolitik. Usbekistan setzt nun stärkere Akzente auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und regionale Konnektivität. Darüber hinaus markiert die Kooperation in den Bereichen Bildung und Kultur den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der usbekisch-afghanischen Beziehungen nach 1991. Letztlich steht aber der Friedensprozess in Afghanistan auf der Prioritätenliste der usbekischen Diplomatie nach wie vor ganz oben. Das Fortbestehen dieser neuen Dynamik in der Afghanistanpolitik Usbekistans kann die Stabilität im südlichen Nachbarn begünstigen und die Chancen der praktischen Realisierung der transregionalen Verbindungen deutlich erhöhen.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Azam Isabaev ist Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) in Hamburg und forscht zur Außen- und Sicherheitspolitik der Staaten Zentralasiens. Er promovierte im November 2018 an der Universität Hamburg mit einer vergleichenden Analyse der Afghanistanpolitiken Tadschikistans und Usbekistans.

Lesetipps:

- For Uzbekistan, teaching spells prosperity in Afghanistan. A teacher's college in Termez is the first fruit of Uzbekistan's pledge to assist Afghan development through education, in: Eurasianet, 25.10.2018, = <https://eurasianet.org/for-uzbekistan-teaching-spells-prosperity-in-afghanistan>.
- Ramani, Samuel, Can Uzbekistan help mediate the Afghan conflict? In: The Diplomat, 13.7.2018, = <https://thediplomat.com/2018/07/can-uzbekistan-help-mediate-the-afghan-conflict/>.
- Teles Fazeiro, Bernardo, Soft power under Mirziyoyev: Change and continuity in Uzbekistan's foreign policy, in: openDemocracy, 9. 7. 2018, = <https://www.opendemocracy.net/od-russia/bernardo-teles-fazeiro/soft-power-under-mirziyoyev>.
- The Permanent Mission of the Republic of Uzbekistan to the United Nations: Declaration of the Tashkent Conference on Afghanistan: Peace Process, Security Cooperation & Regional Connectivity, 30. 3. 2018, = <https://www.un.int/uzbekistan/news/declaration-tashkent-conference-afghanistan-peace-process-security-cooperation-regional>.

INTERVIEW

»Wir sind offen für alle«.

Interview mit dem ersten stellvertretenden Außenminister Usbekistans, Ilhom Nematow

Usbekistan befindet sich seit zwei Jahren in einem dynamischen Wandel, im Inneren wie nach außen. Der im Dezember 2017 ins Amt gewählte Präsident Schawkat Mirsijojew hat zahlreiche und große Reformen auf den Weg gebracht. Wie steht es heute um die deutsch-usbekischen Beziehungen, wie steht es um die Beziehungen Usbekistans zu seinen Nachbarn, welche Bedeutung haben die Beziehungen zu Europa?

Sprechen wir erst über die bilateralen Kontakte. Ich möchte gern betonen, dass wir Deutschland sehr gut kennen. Deutschland hat ein sehr großes politisches, ökonomisches und kulturelles Potenzial. Wir wissen auch, dass Deutschland das »Powerhouse« der Europäischen Union ist. Wir in Usbekistan halten Deutschland für einen besonders wichtigen Partner Usbekistans, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. [...] Meine diplomatische Karriere hat in Deutschland begonnen. Im Juli 1993 bin ich nach Bonn gekommen, um unsere erste Botschaft in Europa zu eröffnen. Von dort aus haben wir unsere weiteren Botschaften in Europa gegründet.

Die usbekisch-deutschen Beziehungen sind dynamisch und stabil. Von Anfang an hat unser Präsident Schawkat Mirsijojew großes Gewicht darauf gelegt, die bilateralen Kontakte mit Deutschland zu stärken, sowohl politisch, als auch ökonomisch und kulturell. Ich begrüße sehr, dass wir dieselben Ansichten zu vielen zentralen, internationalen Themen haben, so zum Beispiel im Kampf gegen den Terror, zur Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie im Kampf gegen Extremismus und Drogenhandel. Der Drogenhandel ist ein großes Problem, nicht nur in unserer Region, sondern in der ganzen Welt. Auch in den Vereinten Nationen arbeiten wir sehr aktiv mit Deutschland zusammen. Wir unterstützen einander in allen Gremien der UN. Wir meinen, dass Deutschland ein ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sein und seine wichtige Rolle bei globalen Themen wahrnehmen sollte. [...]

Lassen Sie uns über die wirtschaftliche Kooperation und den Handel sprechen. Das, was heute besteht, entspricht nicht unserem Potenzial. Wir sollten alles daran setzen, das Handelsvolumen zwischen unseren beiden Staaten zu vergrößern. Wir sind daran äußerst interessiert. [...] Auch gute Kontakte zu deutschen Universitäten sind uns wichtig. Viele Usbeken studieren in Deutschland in Bonn, München, Berlin und in anderen Städten. [...] Deutsch ist als

Fremdsprache in Usbekistan sehr beliebt, insbesondere in ländlichen Gebieten. In Taschkent haben wir sogar mehrere deutsche Schulen! [...]

Kommen wir zur Außenpolitik. Der Präsident hat vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an verkündet, dass ihm die Außenpolitik mit unseren nächsten Nachbarn besonders wichtig ist. Vor zwei Jahren haben einige Experten von Think Tanks darauf hingewiesen, dass wir viele Probleme [mit unseren Nachbarländern, die Red.] zu lösen haben. Welche sind das? Wasser und Grenzprobleme, und auch humanitäre Probleme. Die Experten waren der Meinung, dass diese Probleme eines Tages zu Konflikten zwischen Usbekistan und den anderen Ländern führen würden. Das war vor zwei Jahren. Aber jetzt konnten wir dank der offenen, konstruktiven und freundlichen Politik unseres Präsidenten ein völlig neues, gesundes Klima herstellen, stellen die Experten fest. Wir konnten eine sehr freundschaftliche Atmosphäre und günstige Bedingungen schaffen, um Kooperationen zwischen Usbekistan und anderen Ländern zum beiderseitigen Nutzen einzugehen, nicht nur zwischen Usbekistan und einzelnen Ländern, sondern auch zwischen allen zentralasiatischen Ländern.

In den letzten zwei Jahren gab es viele gegenseitige Besuche auf sehr hoher Ebene. Unser Präsident hat alle benachbarten Staaten besucht. Dank der Besuche konnten wir Lösungen für viele, auch komplizierte, Angelegenheiten finden, so beim Thema Wasser und auch beim Thema Grenzen. Im September 2017 haben wir ein Abkommen über den Grenzverlauf zwischen Kirgistan und Usbekistan unterzeichnet. Danach haben wir alle Hürden an den Grenzübergängen beseitigt. [...] Jetzt überqueren täglich 30.000 Personen diese Grenze.

Im März vergangenen Jahres haben wir ein Abkommen zwischen Tadschikistan und Usbekistan geschlossen. [...] Daraufhin überqueren jetzt täglich 25.000 Personen die Grenze. Das Passieren der Grenze ist jetzt sehr einfach und offen. Sie kommen mit ihrem Pass zur Grenze, zeigen ihn vor und nach drei oder fünf Minuten können sie einreisen.

Alle Länder Zentralasiens haben sehr enge verwandtschaftliche Beziehungen untereinander. Zu Zeiten der Sowjetunion haben wir alle in einem Land gelebt, daher leben noch heute mehr als 1,5 Mio. ethnische Usbeken in Tadschikistan. In Usbekistan wiederum leben 1,5 Mio. Tadschiken, die usbekische Staatsbürger sind. Früher war es für sie ein großes Problem, die Verwandten zu besuchen. Heute bin ich sehr stolz darauf, sagen zu können, dass wir für diese Menschen gute Konditionen schaffen konnten, insbesondere für diejenigen, die in den grenznahen Gebieten wohnen. Als Folge [der neuen Abkommen, die Red.] ist auch der grenzüberschreitende Handel zwischen Usbekistan und den anderen Ländern Zentralasiens um mehr als 50 % gestiegen. Das ist ein ganz neues Phänomen. [...]

Welche Veränderungen finden jetzt in Usbekistan statt?

Es gibt sehr viele Veränderungen in allen Bereichen. Wir öffnen uns für die Welt. Jetzt entwickelt sich Usbekistan entsprechend der Handlungsstrategie für 2017–2021. Darin gibt es fünf Bereiche:

An erster Stelle geht es um Reformen des Staatsaufbaus, um die Schaffung demokratischer Institutionen, um mehr Macht für das Parlament, um die Herstellung eines direkten Dialogs zwischen den Bürgern und der Regierung. Wir haben jetzt eine Art Virtuellen Empfangsraum im Büro des Präsidenten eingerichtet, ebenso im Büro des Premierministers und auch in allen Ministerien. Jeder kann dort von seinen Problemen berichten und diese sollen sofort gelöst werden. Alles ist unter Kontrolle.

Der zweite Bereich ist eine Strategie für die Justizreform. Sie umfasst alle Ebenen der Gerichtsbarkeit. Es gibt einen großen Wandel in unserem Justizapparat. [...]

Der dritte Bereich behandelt die ökonomische Liberalisierung, die sehr wichtig für uns ist. Vor zwei Jahren, im September 2017, haben wir unsere Währung konvertibel gemacht. Es war ein großes Problem für die usbekische Wirtschaft. Jetzt versuchen wir günstige Bedingungen für alle Unternehmer herzustellen. Wir wollen alle Barrieren beseitigen, damit wir neue Technologien anwerben und innovative Programme in unsere Wirtschaft holen, um dann den Export zu erhöhen und um mehr Touristen ins Land zu holen. Das sind wichtige Aufgaben für das Außenministerium. Und wir wollen eine echte Marktwirtschaft einführen. [...]

Im vierten Bereich geht es um soziale Themen. Wir haben ein großes demographisches Problem. Wir wachsen sehr schnell, jedes Jahr sind wir 700.000 Menschen mehr. Heute haben wir eine Bevölkerung von 33 Mio. Menschen! [...]

Im letzten Bereich, dem fünften, geht es um Sicherheit, um religiöse Toleranz, und um eine offene, pragmatische und für beide Seiten günstige Außenpolitik.

Was sind die wichtigsten Herausforderungen vor denen Usbekistan heute steht?

Die größte Herausforderung ist die Wirtschaft. Wir müssen alles tun, um unsere Wirtschaft zu beleben und sie in eine echte Marktwirtschaft zu überführen. [...]

Die zweite Herausforderung ist das Thema Wasser. Das Wasserproblem ist äußerst wichtig, denn unsere Landwirtschaft hängt hundertprozentig von der Bewässerung ab. Bei uns regnet es nicht oft, deshalb brauchen wir sehr viel Wasser.

Geographisch liegt Usbekistan in der Mitte Zentralasiens und zwischen den beiden Flüssen Amu Darja und Syr Darja. Aber wir – Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan – sind Unterlieger. Kirgistan und Tadschikistan sind Oberlieger. Dort

wird das Wasser gesammelt. Früher, zu Sowjetzeiten, hatten wir kein Problem, da wurde alles von Moskau geplant. In der Vegetationsperiode erhielten wir von ihnen [den Oberliegern, die Red.] Wasser und wir haben ihnen kostenlos Gas, Petroleum, Öl u. a. geliefert. Aber nach dem Kollaps der Sowjetunion hatten wir viele Probleme mit ihnen. Deshalb haben wir begonnen, unser Gas und Öl zu verkaufen. Aber Wasser kann nicht verkauft werden, denn Wasser gehört nicht den Ländern, durch die es fließt, so sieht es die UN-Konvention vor. Grenzüberschreitendes Wasser sollte also nicht zu der einen oder der anderen Nation gehören, es kann nicht verkauft werden. Aber [...] wir haben jetzt eine Lösung bei diesem Thema gefunden.

Die dritte Herausforderung ist der Transport, denn Usbekistan ist in doppelter Weise ein Binnenland. Wir können den Indischen Ozean und seine Häfen nur erreichen, indem wir erst andere Länder durchqueren. Wir exportieren unsere Güter auf zwei Routen: auf der Südroute durch Turkmenistan, Masshad und Bandar Abbas. Die zweite Route führt durch Kasachstan und Russland nach Europa. Der Transport und die Transportverbindung sind für uns sehr wichtig.

Die nächst größte Herausforderung ist die Sicherheit. Dies ist eine große Herausforderung, denn wir sind direkte Nachbarn Afghanistans. Afghanistan ist für uns aus verschiedenen Gründen sehr wichtig. Zum einen ist es ein enger Nachbar. Wir haben eine gemeinsame Grenze, Geschichte, Religion und Tradition und vieles andere. Der zweite Grund ist, dass Afghanistan wirtschaftlich [...] für uns sehr wichtig ist. Über afghanisches Gebiet wäre es ein sehr kurzer Weg für unsere Waren, wenn sie zum indischen Ozean und den dortigen Häfen gelangen sollen. [...]

Wir haben schon viele Gespräche mit Afghanistan geführt. Im März vergangenen Jahres gab es auf Initiative unseres Präsidenten eine internationale Konferenz zu Afghanistan, an der auch der afghanische Präsident und andere hochrangige Gäste aus vielen Ländern, auch aus Europa, teilgenommen haben.

Was halten Sie von der chinesischen Belt and Road Initiative, wie passt sie in die Zukunftspläne ihres Landes?

Wir haben hervorragende Beziehungen zu China. China ist sehr wichtig und ein potentiell sehr mächtiger Nachbar. Wir haben gute bilaterale und multilaterale Beziehungen im Rahmen der Shanghai Corporation Organisation (SCO). 2001 sind wir Vollmitglied geworden. Ich war fünf Jahre lang der Nationale Koordinator Usbekistans bei der Organisation. [...] Wir in Usbekistan unterstützen alle möglichen Initiativen, die unserer Wirtschaft und der der Wirtschaft aller Länder Zentralasiens helfen, auch der Shanghai Organisation. Usbekistan, Zentralasien und China haben in der Shanghai Organisation eine für beide Seiten nützliche Kooperation. Wir unterstützen einander bei den Initiativen. Jetzt ist Wladimir Norow [seit 1.1.2019 für drei Jahre Generalsekretär der SCO, die Red.] ernannt worden. Darauf sind wir sehr stolz. [...]

Wie sind die Beziehungen Usbekistans zu Russland?

Russland ist traditionell ein sehr wichtiger Partner für Usbekistan. Wir haben 2004 ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft unterzeichnet, und 2005 ein Abkommen über die Beziehungen zwischen Usbekistan und Russland. Russland ist historisch ein sehr wichtiger Handelspartner. Das Handelsvolumen zwischen Usbekistan und Russland wächst enorm schnell. Viele russische Firmen arbeiten in Usbekistan sehr erfolgreich, auch Gazprom und Lukoil und viele andere wichtige Firmen. Wir haben keine Sprachbarriere. Jeder hier kann Russisch und es ist kein Geheimnis: Viele Migranten arbeiten in Russland, denn Russland ist groß, aber die Bevölkerung und die Wirtschaft nicht. Viele Migranten aus Usbekistan gehen deshalb nach Russland.

Natürlich sind die humanitären und kulturellen Beziehungen zwischen Usbekistan und Russland auch ein überaus wichtiger Faktor. Darum war der Besuch des russischen Präsidenten im letzten Oktober sehr, sehr erfolgreich. Wir haben eine Menge bilateraler Abkommen und Vereinbarungen unterzeichnet und wir haben schon zwölf Ableger russischer Universitäten in Usbekistan. Die russische Sprache ist sehr verbreitet. Ebenso wie Deutsch und Englisch. Wir legen großen Wert auf starke bilaterale Beziehungen zwischen Usbekistan und Russland.

Und wie sind die Beziehungen zur EU?

Die EU ist für uns sehr wichtig. Der Handel mit der EU wächst. [...] Wir sind sehr interessiert an guter wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Ländern der EU, so wie mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und viele anderen. [...]

Übersetzung aus dem Englischen von Birgit Wetzels

Die Fragen stellte Birgit Wetzels am 5. Januar 2019 in Taschkent.

15. Dezember 2018 – 15. Februar 2019

Kasachstan

17.12.2018	Der kasachische Dienst von RFE/RL berichtet am zweiten Tag in Folge von Festnahmen von Menschenrechtsaktivisten und Journalisten in den Städten Almaty und Oral (Gebiet Westkasachstan), die anlässlich des 27. Unabhängigkeitstags an die Opfer von zwei gewaltsamen Polizeiaktionen gegen Demonstranten (1986 in Almaty und 2011 in Schanaösen) erinnern wollten.
17.12.2018	Kasachstan enthält sich bei der Abstimmung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution gegen die Militarisierung der Krim in der UN-Vollversammlung. Sie wird von 66 Staaten unterstützt, 19 stimmen dagegen, 70 Staaten enthalten sich.
21.12.2018	Ein Gericht in Almaty verurteilt drei kasachstanische Staatsbürger, die der verbotenen Organisation Demokratische Wahl Kasachstans (DWK) angehören, wegen der Verbreitung von Extremismus, Terrorismus und ethnischem Hass zu sieben- bis achtjährigen Gefängnisstrafen. Das Kasachstanische Büro für Menschenrechte bezeichnet das Urteil als politisch motiviert.
26.12.2018	Das bisherige Ministerium für Investitionen und Entwicklung wird umstrukturiert und umbenannt in Ministerium für Industrie- und Infrastrukturentwicklung.
27.12.2018	Präsident Nursultan Nasarbajew ersetzt den bisherigen Außenminister Kairat Abdrachmanow durch Beibut Atamkulow, der bisher Minister für Verteidigung und Luft- und Raumfahrtindustrie war. Der stellvertretende Premierminister Askar Dschumagalijew übernimmt Atamkulows bisherigen Ministerposten.
27.12.2018	Usbekistan liefert Orduchan Mechdijew, den Eigentümer des Busses, dessen durch schlechten technischen Zustand hervorgerufener Brand 52 Usbeken im Januar 2018 auf einer kasachstanischen Landstraße das Leben gekostet hatte, an Kasachstan aus. Der kasachstanische Staatsbürger hatte versucht, sich in Usbekistan der Strafverfolgung zu entziehen.
28.12.2018	Auf seiner Jahresabschlusspressekonferenz dementiert Präsident Nasarbajew Gerüchte über baldige Wahlen. Die Präsidentschaftswahl werde wie geplant im Dezember 2020 und die Parlamentswahl 2021 stattfinden.
1.1.2019	Zum neuen Jahr treten die von Präsident Nasarbajew verordneten Richtlinien zur Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens der Bevölkerung in Kraft, damit steigt u. a. der Mindestlohn um 50 % auf 42.000 Tenge (ca. 111 US-Dollar).
4.1.2019	Wegen eines in den sozialen Medien geposteten Videos, in dem der stellvertretende Leiter der Polizeiakademie von Karaganda einen fiktiven Verbrecher einer russischen Fernsehsendung aus den 1990er Jahren zitiert und die kasachstanische Polizei als »Bratwa« bezeichnet (ein Begriff, der üblicherweise für kriminelle Banden benutzt wird), werden sowohl der Leiter der Akademie als auch sein Stellvertreter entlassen.
6.1.2019	Nachdem am 1.1.2019 in der Stadt Karaganda ein junger Mann bei einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen getötet und drei weitere Männer durch Stichwunden schwer verletzt wurden, versammeln sich ca. 200 Demonstranten im Zentrum der Stadt um die konsequente Strafverfolgung der Täter zu fordern. Gerüchte, dass die Täter der armenischen Minderheit Kasachstans angehören sollen, hatten in den vergangenen Tagen zudem zu Forderungen nach der Ausweisung aller Armenier aus Kasachstan geführt.
9.1.2019	Präsident Nasarbajew gibt bekannt, dass drei Tage zuvor im Rahmen einer humanitären Sonderoperation insgesamt 47 kasachstanische Staatsbürger aus Syrien evakuiert wurden. Sieben Rückkehrer werden der Beteiligung an terroristischen Aktivitäten verdächtigt, die restlichen 40 seien aber unter falschem Vorwand ins Land gelockt und von Terroristen gefangen gehalten worden.
9.1.2019	Der kasachische Dienst von RFE/RL meldet, dass einer seiner Reporter sowie ein Kameramann bei dem Versuch, eine Demonstration für die Freilassung des Journalisten Tokbergen Abijew vor dem Regierungssitz in Astana zu filmen, vorübergehend festgenommen wurden.
9.1.2019	Das Außenministerium gibt bekannt, dass China es mehr als 2.000 ethnischen Kasachen gestattet hat, ihre chinesische Staatsbürgerschaft aufzugeben und das Land zu verlassen und kündigt an, dass kasachstanische Behörden alle Anträge auf die kasachstanische Staatsbürgerschaft oder eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis prüfen werden.
10.1.2019	Ein Abteilungsleiter des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit berichtet auf einer Pressekonferenz, dass mehrere kasachstanische Bürger wegen eines Fluchtversuchs aus den Reihen des IS in Syrien hingerichtet wurden.
11.1.2019	Ein Moskauer Stadtgericht genehmigt in erster Instanz die Auslieferung des kasachstanischen Wirtschaftsmagnaten Dschomart Jertajew, der seit Mai 2018 mehrmals unter Hausarrest stand, an Kasachstan. Jertajew werden Korruption und Betrug vorgeworfen.
11.1.2019	Der Minister für Information und Kommunikation, Dauren Abajew, teilt auf seiner Facebook-Seite mit, dass die Fernsehsender Khabar 24 und Kazakh TV eine Sendelizenz in Russland erhalten haben.

14.1.2019	Außenminister Atamkulow nimmt an einem Treffen der Außenminister im Rahmen des Dialogformats Indien-Zentralasien im usbekischen Samarkand teil, bei dem Fragen der wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit sowie die Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans erörtert werden.
14.1.2019	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit gibt bekannt, dass am 10.1.2019 eine Spezialoperation gegen eine Gruppe von Ausländern zentralasiatischer Herkunft, die die Durchführung von Terroranschlägen im Namen des IS in Kasachstan geplant haben soll, durchgeführt wurde. In der Unterkunft der sechs Männer wurden improvisierte Sprengvorrichtungen und Schusswaffen gefunden.
17.1.2019	Ein Gericht in Almaty verurteilt die beiden Mörder des Eiskunstläufers Denis Ten zu 18 Jahren Haft. Der Mord an Ten im Juli 2018, der als erster kasachstanischer Eiskunstläufer eine Medaille bei den Olympischen Winterspielen gewonnen hatte, hat großes Aufsehen erregt.
21.1.2019	Präsident Nasarbajew empfängt den Präsidenten von Zimbabwe, Emmerson Mnangagwa, in Astana zu Gesprächen über den Ausbau der bilateralen Beziehungen. Es ist das erste Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter in der Geschichte der beiden Länder.
22.1.2019	Der Oberste Gerichtshof verkürzt die Haftstrafe des ehemaligen Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit, Nartai Dutbajew, der seit Dezember 2016 wegen der Preisgabe von Staatsgeheimnissen und Machtmissbrauch in Haft sitzt, um ein Jahr von 12 auf 11 Jahre.
23.1.2019	Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung an der kasachstanisch-kirgisischen Grenze im Gebiet Dschambyl zwischen kirgisischen Grenzern und drei kasachischen Schmugglern, wird einer der drei Männer durch Schüsse getötet. Eine zwischenstaatliche Kommission soll den Zwischenfall untersuchen.
25.1.2019	Der stellvertretende russische Ministerpräsident Aleksej Gordejew wirft Kasachstan vor, mit der Entscheidung, die zollfreie Einfuhr von Zucker aus Drittländern bis zum 1.1.2020 zu verlängern, gegen die Zollregeln der EEU zu verstoßen und kasachstanischen Herstellern Wettbewerbsvorteile verschaffen zu wollen.
29.1.2019	Im Corruption Perception Index von Transparency International für das Jahr 2018 belegt Kasachstan Platz 124 von insgesamt 180 Ländern.
29.1.2019	Außenminister Atamkulow berät bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Moskau über die weitere Integration im Rahmen der EEU sowie die Situation in Afghanistan. Die Minister unterzeichnen das Kooperationsprogramm für die Jahre 2019–2020.
1.2.2019	Premierminister Bakytdschan Sagyntajew empfängt seinen russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew in Almaty im Vorfeld eines regulären Treffens des Eurasischen Zwischenstaatlichen Rates zu einem Gespräch über die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Transit und Transport, Kraftstoff und Energie sowie Weltraumforschung und Digitalisierung.
3.2.2019	Ca. 500 Uiguren gedenken in Almaty öffentlich der Opfer der chinesischen Polizeigewalt vom 5.2.1997. Damals war gewaltsam eine Demonstration in der Präfektur Ili-Kasach in dem Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China zerschlagen worden. Während die chinesische Regierung von neun Todesopfern sprach, sollen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mindestens 100 Menschen getötet worden sein.
5.2.2019	Mehrere hundert Bewohner Astanas nehmen an einer Trauerkundgebung anlässlich des Todes von fünf kleinen Mädchen teil, die in der Nacht zuvor bei einem Hausbrand ums Leben gekommen waren, während ihre Eltern arbeiteten. In den sozialen Medien breitet sich Kritik an der Regierung aus, die nichts unternehmen würde, um Familien zu helfen, die in wirtschaftlich prekären Verhältnissen überleben müssten.
6.2.2019	Anlässlich des Brandes vom 4.2.19 versammeln sich hunderte Frauen im Konzerthaus von Astana und fordern von der Regierung, bessere Wohnungen, mehr Kindergärtenplätze und eine stärkere soziale Unterstützung für Familien mit vielen Kindern bereitzustellen.
6.2.2019	Ein Gericht in Aktau spricht die Aktivistin Aigul Akberdijewa, der vorgeworfen wurde, die Social-Media-Konten der verbotenen Organisation Demokratische Wahl Kasachstans (DWK) verwendet zu haben, um den Sturz der Regierung zu fordern, frei. Akberdijewa wurde im September angeklagt, nachdem kurz zuvor bereits ihr Ehemann Ablowas Dschumajew wegen des gleichen Vorwurfs zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Beide bezeichnen den Fall als politisch motiviert.
11.2.2019	Der oberste Richter des Gerichts von Aktau, Malik Kendschalijew, wird wegen des Verdachts der Verletzung der Rechte von Arbeitern, die er für den Bau eines privaten Hauses angestellt hatte, entlassen. Er bezeichnet dies als politisch motiviert und als Reaktion auf den Freispruch der Aktivistin Akberdijewa durch eine ihm unterstellte Richterin am 6.2.2019.
12.2.2019	Präsident Nasarbajew ernennt Jerlan Turgumbajew zum neuen Innenminister. Sein Vorgänger, Kalmuchanbet Kasymow, wird zum Berater des Präsidenten und Sekretär des Sicherheitsrats ernannt.

13.2.2019	Ein Gericht in Almaty verurteilt Serikdschan Bilasch, den Aktivist und Anführer einer Gruppe, die sich für die Rechte von ethnischen Kasachen im Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China einsetzt, zu einer Geldstrafe von 670 US-Dollar, weil die Gruppe nicht offiziell registriert gewesen sei. Laut Bilasch hatte das Justizministerium die Registrierung in der Vergangenheit zweimal abgelehnt.
15.2.2019	Zwei Beobachter der italienischen Menschenrechtsföderation, Lyudmyla Woloschyna und Valerij Jawtuschenko, beide ukrainische Staatsbürger, werden, nachdem sie die Nacht zuvor in ihrem Hotel in Astana festgenommen wurden, per Express-Gerichtsurteil des Landes verwiesen, weil sie ihren Besuch in Kasachstan bei der Einreise als Privatreise deklariert hatten. Woloschyna und Jawtuschenko hatten am 6.2.2019 die Urteilsverkündung gegen Aigul Akberdijewa beobachtet. Der ukrainische Konsul in Kasachstan, Iwan Almaschi, dem es nicht gestattet wurde, an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen und mit den beiden Festgenommenen zu sprechen, bezeichnet den Vorgang als eklatanten Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen und kündigt Konsequenzen an.
15.2.2019	Im Konzerthaus von Astana protestieren erneut mehrere hundert Frauen für eine bessere staatliche Unterstützung für kinderreiche Familien.
15.2.2019	Der Verfassungsrat bestätigt in Reaktion auf eine Anfrage Präsident Nasarbajews, dass dieser das Recht hat zurückzutreten.

Kirgistan

15.12.2018	Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik lebten 2017 25,6% aller Kirgisen unter der offiziellen Armutsgrenze.
17.12.2018	Kirgistan enthält sich bei der Abstimmung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution gegen die Militarisierung der Krim in der UN-Vollversammlung. Sie wird von 66 Staaten unterstützt, 19 stimmen dagegen, 70 Staaten enthalten sich.
19.12.2018	Während eines offiziellen Besuchs in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) führt Außenminister Tschingis Aidarbekow Gespräche mit dem Wirtschaftsminister der VAE, Sultan bin Saeed Al-Mansouri, zu Stand und Perspektiven der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder.
19.12.2018	In seiner Jahresabschlusspressekonferenz in Bischkek kündigt Präsident Sooronbaj Dscheenbekow an, dass er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen nicht erneut antreten werde. Außerdem teilt er mit, dass keine zweite russische Militärbasis in Kirgistan geplant sei. Zur Situation der ethnischen Kirgisen im Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China sagt Dscheenbekow, dass es sich um interne chinesische Angelegenheiten handle, es aber diplomatische Gespräche über das Problem gebe. Mit seinem Vorgänger Almasbek Atambajew hat Dscheenbekow nach eigenen Worten keinen Konflikt.
19.12.2018	Premierminister Muchammedkaly Abylgasijew und sein usbekischer Amtskollege Abdulla Aripow unterzeichnen nach dem zweiten Treffen des Rates der Leiter der Grenzgebiete der beiden Länder in Osch ein abschließendes Protokoll und einen Fahrplan für die interregionale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen. Die beiden Premiers hatten zuvor bilaterale Gespräche zu aktuellen Fragen der Zusammenarbeit geführt.
20.12.2018	Vor der chinesischen Botschaft in Bischkek demonstrieren mehrere Menschen gegen die Verfolgung der muslimischen Minderheit und die sogenannten Umerziehungslager im Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China. Sie fordern außerdem die Ausweisung chinesischer Staatsbürger ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung.
27.12.2018	Drei Parlamentsabgeordnete reichen eine Verleumdungsklage gegen den ehemaligen Präsidenten Atambajew und den von ihm gegründeten Fernsehsender April ein und fordern 260.000 US-Dollar Entschädigung. In einem Interview, das der Kanal am 10.12.18 ausgestrahlt hatte, soll Atambajew die drei Politiker beleidigt und falsche Informationen über sie verbreitet haben.
28.12.2018	Der ehemalige Vorsitzende des Staatlichen Zolldienstes, Adamkul Dschunusow, der am 5.12.18 am Flughafen von Baku, Aserbaidshans, auf Ersuchen der kirgisischen Behörden wegen Korruptionsvorwürfen festgenommen wurde, wird an Kirgistan ausgeliefert.
28.12.2018	Vertreter der Grenzbehörden Kirgistans und Tadschikistans erörtern den zweiten Tag in Folge die Ergebnisse der Zusammenarbeit 2018 sowie die Agenda für 2019. Der Ort des Treffens ist nicht bekannt.
7.1.2019	Ca. 300 Menschen protestieren in Bischkek gegen die steigende Zahl chinesischer Migranten in Kirgistan. Die Demonstranten fordern u. a. die Ausweisung von illegalen Zuwanderern und die Verschärfung der Regeln zur Erlangung der kirgisischen Staatsbürgerschaft. Präsident Dscheenbekow warnt nach den Protesten, dass diejenigen, die versuchen, die kirgisisch-chinesische Partnerschaft zu stören, strafrechtlich verfolgt werden.

10.1.2019	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit (GKNB) gibt bekannt, dass Ex-Premierminister Sapar Isakow, der seit Juni 2018 in Haft sitzt, zusätzlich zu den Korruptionsvorwürfen bei der Modernisierung des Wärmekraftwerks in Bischkek nun auch wegen Korruption beim Umbau des Historischen Museums in der Hauptstadt, der 2016 erfolgte, angeklagt wird.
14.1.2019	Außenminister Aidarbekow nimmt an einem Treffen der Außenminister im Rahmen des Dialogformats Indien-Zentralasien im usbekischen Samarkand teil, bei dem Fragen der wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit sowie die Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans erörtert werden.
16.1.2019	Kirgistans BIP wuchs 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 % auf 557 Mrd. Som (9,97 Mrd. US-Dollar), gibt der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Statistik, Akilbek Sultanow, bekannt. Das Gesamthandelsvolumen stieg im gleichen Zeitraum um 5,5 %, während der Handel mit den Mitgliedsstaaten der EEU um 4,8 % zurückging.
17.1.2019	Der kirgisische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in Bischkek erneut ca. 500 Menschen gegen die steigende Zahl chinesischer Migranten in Kirgistan protestieren und die Ausweisung aller sich illegal im Land aufhaltenden Chinesen fordern. 21 Demonstranten werden wegen Störung der öffentlichen Ordnung vorübergehend festgenommen und mit einer Geldstrafe von 3.000 Som (45 US-Dollar) belegt. Eine weitere Person wird für zwei Monate inhaftiert und wegen Anstiftung zu ethnischen Hass angeklagt.
18.1.2019	Präsident Dscheenbekow ratifiziert den Vertrag mit Kasachstan über die Demarkierung der gemeinsamen Grenze, der bereits im Dezember 2017 von den Präsidenten beider Länder unterzeichnet worden war.
21.1.2019	Präsident Dscheenbekow ernennt Almasbek Karasartow zum Befehlshaber der Landstreitkräfte und Talantbek Jergeschow zum Chef der Nationalgarde.
23.1.2019	Bei einer gewaffneten Auseinandersetzung zwischen kirgisischen Grenzern und drei kasachischen Schmugglern an der Grenze zu Kasachstan im Gebiet Talas wird einer der drei Männer durch Schüsse getötet. Eine zwischenstaatliche Kommission zur Aufklärung des Zwischenfalls wird eingerichtet.
23.1.2019	An einem noch nicht delimitierten Abschnitt der kirgisisch-tadschikischen Grenze in den Bezirken Batken bzw. Isfara (Gebiet Sogd) kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Dorfbewohnern aus beiden Staaten um die Nutzung eines Friedhofes. Eine zwischenstaatliche Kommission soll den Konflikt lösen.
24.1.2019	Der Staatliche Migrationsdienst gibt bekannt, dass Kirgistan derzeit insgesamt 187 Flüchtlingen, davon 100 Afghanen, Asyl gewährt.
25.1.2019	Ein in der russischen Stadt Magnitogorsk lebender kirgisischer Arbeitsmigrant wirft den russischen Behörden im Zusammenhang mit einem Verhör zu seiner möglichen Beteiligung an der Explosion des Wohnhauses am 31.12.2018, bei der 39 Menschen umgekommen waren, Folter vor. Der Staatsanwalt des Gebiets Tscheljabinsk kündigt an, den Vorwürfen nachzugehen.
27.1.2019	Außenminister Aidarbekow ist für einen fünftägigen Besuch in Indien, bei dem er u. a. Gespräche mit seiner indischen Amtskollegin Sushma Swaraj führt und kirgisische Bürger, die in Indien leben und arbeiten, trifft.
29.1.2019	Im Corruption Perception Index von Transparency International für das Jahr 2018 belegt Kirgistan Platz 132 von insgesamt 180 Ländern.
31.1.2019	Wirtschaftsminister Oleg Pankratow führt in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation in Istanbul Gespräche mit dem Verband der türkischen Exporteure.
1.2.2019	Premierminister Abylgasijew nimmt in Almaty an einem Treffen des Eurasischen Zwischenstaatlichen Rates teil, bei dem es vor allem um die Digitalisierung und die Ankurbelung des Handels innerhalb der EEU geht.
4.2.2019	Während seines offiziellen Staatsbesuchs in Kirgistan führt der russische Außenminister Sergej Lawrow Gespräche mit Präsident Dscheenbekow sowie mit Außenminister Aidarbekow zur Vorbereitung des geplanten Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin Anfang März. Schwerpunkt der Gespräche ist u. a. die kirgisisch-russische Zusammenarbeit in Regionalorganisationen wie der EEU und der CSTO.
5.2.2019	Wegen, wie sich später herausstellt falschen, Bombendrohungen werden die Flughäfen von Bischkek und Osch evakuiert.
6.2.2019	Der Sohn der ehemaligen kirgisischen US-Botschafterin Samira Sydykowa, Tengis, der im Februar 2018 in Washington, DC festgenommen wurde, wird wegen des Versuchs, Waffen nach Tschetschenien zu schmuggeln zu drei Jahren Haft in den USA verurteilt.
7.2.2019	Außenminister Aidarbekow empfängt in Bischkek hintereinander den Generalsekretär der SCO, Wladimir Norow, sowie den Direktor des Exekutivkomitees der regionalen Anti-Terror-Struktur der SCO, Dschumachon Gijosow, zu Gesprächen über aktuelle Fragen der Zusammenarbeit innerhalb der SCO und über die Pläne für 2019.
7.2.2019	Ein Gericht in Batken verurteilt einen Mann zu vier Jahren Haft, weil er auf WhatsApp ein Video geteilt hat, das zu ethnischen Hass anstiftet.

8.2.2019	Das GKNB gibt bekannt, dass in Dschalalabad ein Bürger eines anderen zentralasiatischen Staates wegen des Verdachts eine terroristische Zelle zur Durchführung eines Anschlags gründen zu wollen, festgenommen wurde.
11.2.2019	Das GKNB informiert über die Festnahme eines kirgisischen Staatsbürgers, der wegen seiner Söldnertätigkeit für den IS international gesucht wurde.
12.2.2019	Die Politiker Kubanytschbek Kadyrow und Bektur Asanow, die Juni 2018 wegen des Vorwurfs des Versuchs der gewaltsamen Machtergreifung zu acht Jahren Haftstrafe verurteilt wurden, werden frühzeitig auf Bewährung entlassen.
13.2.2019	Fergana Agency meldet, dass die Polizei in Istanbul einen kriminellen Ring aufgedeckt hat, der ausländische Frauen mit dem Versprechen auf Arbeit in die Türkei lockte und sie dann zur Prostitution zwang. Die meisten der 35 freigelassenen Frauen kommen aus Kirgistan und Usbekistan.
14.2.2019	Die ehemalige Finanzministerin Olga Lawrowa, die das Amt von 2012 bis 2015 innehatte, wird im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu möglicher Korruption bei der Sanierung des Heizkraftwerks in Bischkek unter Hausarrest gestellt.
14.2.2019	Bei einer Konferenz in Bischkek berichtet Innenminister Erlan Bakijew, dass das Innenministerium ca. 800 Freiwillige, darunter vor allem Studenten und Schüler, einsetzt, um das Internet nach extremistischen Inhalten zu durchsuchen.

Tadschikistan

17.12.2018	Tadschikistan nimmt (wie Turkmenistan) nicht an der Abstimmung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution gegen die Militarisierung der Krim in der UN-Vollversammlung teil. Sie wird von 66 Staaten unterstützt; 19, darunter Usbekistan, stimmen dagegen. Kasachstan und Kirgistan enthalten sich (wie 70 weitere Staaten).
18.12.2018	Sadi Cholmurodow, ein während des Bürgerkrieges als rechte Hand von General Suchrob Kasymow bekannter Feldkommandeur, ist unter unklaren Umständen auf dem Gelände des Bajpasinskij-Wasserkraftwerkes (Gebiet Chatlon) im Wachs ertrunken, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL.
19.12.2018	An allen Universitäten des Landes wird mit Teilnahmepflicht für die Studierenden der Dokumentarfilm Madri roch (Ein Mann auf dem Weg) über Leben und Tätigkeit von Präsident Rachmon gezeigt. In Duschanbe veranstalten Mitglieder der Jugendbewegung »Anhänger des Führers der Nation« im Anschluss einen Flash Mob unter dem Motto »Ich bin stolz auf unseren Präsidenten«.
19.12.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass in Litauen eine Bande von Autodieben ausgehoben wurde, die im großen Stil in Deutschland gestohlene Luxuslimousinen nach Tadschikistan überführt hat.
20.12.2018	Der am 18.12.2018 auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo auf Betreiben Tadschikistans verhaftete Aktivist der oppositionellen Gruppe 24 Ubajdullo Nosirow (Saidi) wird freigelassen. Nosirow hat in der Schweiz politisches Asyl und war aus persönlichen Gründen für einige Tage nach Moskau gereist.
20.12.2018	Laut einer Zusammenstellung von Asia-Plus hat Tadschikistan 2018 humanitäre Hilfe in Höhe von 41 Mio. US-Dollar aus insgesamt 60 Ländern erhalten. Die höchsten Zahlungen kamen aus Russland, den zweiten Platz nimmt Indien ein. China, das im Vorjahr an der Spitze stand, hat den Umfang seiner Unterstützung von 23 Mio. US-Dollar auf 4,5 Mio. US-Dollar gekürzt.
20.12.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass über 20 Insassen des Sicherheitsgefängnisses von Chudschand, die an dem Aufstand im November 2018 beteiligt waren, zu drei bis sechs Monaten in den Karzer verlegt wurden. Gewöhnlich wird diese Strafe nur für einige Tage verhängt.
20.12.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt auf seiner jährlichen großen Pressekonferenz in Moskau auf die Frage eines Journalisten, dass Russland seine Militärbasis in Tadschikistan erhalten und ausbauen werde, bis Afghanistan befriedet sei.
20.12.2018	Nach Angaben der oppositionellen Website Akhbor wurden aus dem einzigen Frauengefängnis Tadschikistans in Nurek Dutzende schwerkranke Gefangene entlassen.
21.12.2018	Auf einer Baustelle in Sankt Petersburg werden ein Arbeiter aus Tadschikistan (und ein weiterer aus Kirgistan) von einer herabfallenden Betonplatte erschlagen.
22.12.2018	Die UN-Vollversammlung nimmt einstimmig eine von Tadschikistan unter Co-Autorschaft von 190 weiteren Staaten initiierte Resolution über die Bedeutung des Wassers für eine nachhaltige Entwicklung und die Notwendigkeit einer Bekämpfung des Klimawandels in diesem Zusammenhang an.
22.12.2018	In Guliston (Gebiet Sogd) endet die erste zweitägige Sitzung des Militärrates der Grenztruppen Tadschikistans und Usbekistans.

24.12.2018	Nach Angaben der oppositionellen Website Akhbor haben die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden ergeben, dass sich insgesamt 60 Gefangene an dem Aufstand im Sicherheitsgefängnis von Chudschand beteiligt haben, zwei von ihnen waren Mitglieder der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT). Der im Zusammenhang mit dem Aufstand verhaftete ehemalige Vorsitzende der Parteigruppe der PIWT in Pendschikent, Alidschon Achmadow, wurde inzwischen freigelassen.
26.12.2018	In seiner jährlichen Rede vor dem Parlament gibt Präsident Rachmon bekannt, dass die Jahre 2019–2021 unter dem Motto »Entwicklung der Dörfer, des Tourismus und des Volkshandwerks« stehen werden.
28.12.2018	Vertreter der Grenzbehörden Tadschikistans und Kirgistans beenden ihr zweitägiges Treffen über die Ergebnisse der Zusammenarbeit 2018 sowie die Agenda für 2019. Der Ort des Treffens ist nicht bekannt.
7.1.2019	Asia-Plus berichtet, dass ein Major der Grenztruppen des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit am 4.1.2019 an der Grenze zu Afghanistan im Bezirk Schochin (Gebiet Chatlon) bei einem Schusswechsel mit afghanischen Schmugglern zu Tode kam.
8.1.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass ehemalige Studenten ausländischer religiöser Lehranstalten verpflichtet sind, halbjährlich beim staatlichen Sicherheitsdienst ihres Wohnortes zu einem Gespräch zu erscheinen.
10.1.2019	Die staatliche Fluggesellschaft Tajik Air muss wegen finanzieller Probleme den Betrieb einstellen. 1924 gegründete Fluggesellschaft war die achtälteste der Welt.
11.1.2019	Der Journalist und ehemalige Leiter des Teams Tadschikistans im Comedy-Wettbewerb Klub der Lustigen und Findigen (KWN), Chairullo Mirsaidow, wird in absentia von einem Gericht in Chudschand zu einer achtmönatigen Freiheitsstrafe wegen Missachtung eines Gerichts und illegaler Ausreise verurteilt. Mirsaidow war im August nach Umwandlung seiner politisch motivierten 12-jährigen Freiheitsstrafe – u. a. in eine Strafzahlung von 8.500 US-Dollar und Arbeitsdienst – aus dem Gefängnis entlassen worden und hatte danach Tadschikistan für medizinische Behandlungen Richtung Georgien verlassen.
12.1.2019	Außenminister Siroschiddin Muchriddin trifft am Rande des Außenministertreffens Indien-Zentralasien in Samarkand mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulasis Kamilow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses zusammen. Bei einem Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen Tschingis Aidarbekow betont Muchriddin die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Abkommens über die gemeinsame Staatsgrenze.
14.1.2019	Präsident Rachmon ernennt Kurbon Chakimsoda an Stelle von Dawlatschocha Gulmachmadsoda zum neuen Gouverneur des Gebietes Chatlon.
15.1.2019	Präsident Rachmon verlängert in der Hoffnung auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Stärkung der Industrie und des Exports das zweijährige Verbot der Revision produzierender Unternehmen vom 16.1.2018 um weitere zwei Jahre.
16.1.2019	Nach Angaben der Agentur für Statistik ist der Außenhandelsumsatz Tadschikistans 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 6,3% auf mehr als 4,2 Mrd. US-Dollar gestiegen, wobei das Wachstum auf gestiegenen Importen beruht. Haupthandelspartner war Russland.
16.1.2019	Nach Angaben des Komitees für Tourismus haben 2018 ca. 1,2 Mio. Touristen Tadschikistan besucht. Damit konnte die Zahl der Besucher im Jahr des Tourismus fast verdreifacht werden.
17.1.2019	HRW beklagt in seinem World Report 2019 eine Verschlechterung des Zustands der Menschenrechte in Tadschikistan im Laufe des Jahres 2018 und kritisiert insbesondere die Verfolgung von Journalisten und von Angehörigen im Ausland lebender Oppositioneller.
21.1.2019	Nach Angaben von Premierminister Kochir Rasulsoda auf einer Regierungssitzung betrug das BIP Tadschikistans 2018 68,8 Mrd. Somoni (ca. 7,3 Mrd. US-Dollar), eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,3%. Die Inflationsrate lag bei 5,4%.
22.1.2019	Bei einer Explosion in einer erdölverarbeitenden Fabrik in Guliston (Gebiet Sogd) kommt ein 26-jähriger Arbeiter ums Leben, zwei weitere werden schwer verletzt.
22.1.2019	Präsident Rachmon entlässt den bisherigen Generaldirektor der staatlichen Fluggesellschaft Tajik Air, Chajrullo Rachimow, und ernennt Dilschod Ismatullosova zu seinem Nachfolger. Er soll keinerlei Bezug zur Luftfahrt haben, aber zum engeren Kreis der Präsidentenfamilie gehören.
23.1.2019	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet unter Berufung auf das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, dass 89% der Schüler allgemeinbildender Schulen des Landes in tadschikischer Sprache unterrichtet werden, 6% auf Usbekisch, 4,4% auf Russisch.
23.1.2019	An einem noch nicht delimitierten Abschnitt der tadschikisch-kirgisischen Grenze in den Bezirken Isfara bzw. Batken kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Dorfbewohnern um die Nutzung eines Friedhofes. Eine zwischenstaatliche Kommission soll den Konflikt lösen.

24.1.2019	Erst jetzt wird gemeldet, dass im Dezember 2018 mit Osodagon eine der letzten unabhängigen Zeitschriften Tadschikistan das Erscheinen eingestellt hat. Der im Exil lebende Eigentümer nennt Druck durch das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit als Grund.
25.1.2019	Nach Angaben von Fergana Agency waren 2018 erneut Polen und Litauen die wichtigsten Zielländer tadschikischer Politemigranten; die Zahl der Asylanträge ist mit 144 in Polen und 74 in Litauen gegenüber den Vorjahren aber stark gesunken.
26.1.2019	In Olsberg (Nordrhein-Westfalen) wird ein 49-jähriger tadschikischer Flüchtling, der sich seiner Abschiebung nach Litauen mit Waffengewalt widersetzt hatte, bei seiner Festnahme verletzt.
27.1.2019	Nach Angaben der Botschaft Tadschikistans in Moskau befinden sich aktuell mehr als 10.000 tadschikische Staatsbürger in russischen Gefängnissen, vielfach wegen Extremismus und Terrorismus.
27.1.2019	In Duschanbe endet ein weiteres Treffen der Regierungsarbeitsgruppen Tadschikistans und Usbekistans zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
28.1.2019	Präsident Rachmon entlässt den Minister für Industrie und neue Technologien, Schawkat Bobosoda. Nachfolger wird Sarobiddin Faisullosooda.
28.1.2019	Justizminister Rustam Schochmurod teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass tadschikische NGOs 2018 insgesamt 750 Mio. Somoni (ca. 78,9 Mio. US-Dollar) Unterstützung aus dem Ausland erhalten haben. Insbesondere seien NGOs, die im Bereich Menschenrechte und Soziales aktiv sind, bedacht worden.
29.1.2019	In Reaktion auf eine Äußerung des stellvertretenden russischen Außenministers Igor Subow, dass der IS derzeit mit Hubschraubern Kämpfer aus Pakistan an die afghanisch-tadschikische Grenze transportiere und sich in der Folge der daraus zu erwartenden Ereignisse riesige Flüchtlingsströme auch Richtung RF in Bewegung setzen würden, erklären die tadschikischen Grenzbehörden, dass keine verstärkte Ansammlung von IS-Kämpfern an der Grenze zu beobachten wäre und eine Verstärkung des Grenzschutzes nicht erforderlich sei.
29.1.2019	Im neuesten Corruption Perception Index von Transparency International nimmt Tadschikistan Platz 152 (von 180) ein und steht damit auf einer Stufe mit Nicaragua, Madagaskar, Kamerun und Aserbaidschan, aber besser als Usbekistan und Turkmenistan.
30.1.2019	In Reaktion auf Berichte tadschikischer Medien, dass Usbekistan erstmals seit vielen Jahren den Norden Tadschikistan mit Strom versorge, erklärt die staatliche usbekische Elektrizitätsgesellschaft Uzbekenergo, dass sie im Winter keine Energie nach Tadschikistan liefere und es auch keine derartigen Verträge gebe.
31.1.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf die Botschaft Tadschikistans in Kuwait und dem Irak, dass im Irak fünf Tadschikinnen wegen Mitgliedschaft im IS zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.
4.2.2019	Der Vorsitzende des Obersten Gerichtes, Schermuchammad Schochijon, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass der ehemalige Industrieminister Said Saidow, der 2013 zu einer 29-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, nach wie vor in Haft sei. Ein Appell der UN-Menschenrechtskomitees von 2018, der die Regierung zur Freilassung des Oppositionellen aufforderte, sei nicht rechtlich bindend. Beobachter halten das Urteil für politisch motiviert, weil Saidow unmittelbar vor Beginn der Strafverfolgung die Gründung einer oppositionellen Partei bekannt gegeben hatte.
5.2.2019	Präsident Rachmon empfängt den russischen Außenminister Sergej Lawrow zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und Fragen der regionalen Sicherheit. Lawrow trifft auch mit Außenminister Muchriddin zusammen. Gegenüber Journalisten betont der russische Außenminister die große Bedeutung der russischen Militärbasis in Tadschikistan für die Sicherheit des Landes und sagt russische Unterstützung für die Modernisierung der tadschikischen Streitkräfte zu.
5.2.2019	Sumangul Tagoisoda, Ministerin für Arbeit und Beschäftigung, und Jusuf bin Mohammed Al-Osman Fahru, Minister für Entwicklung, Beschäftigung und soziale Probleme von Katar, unterzeichnen in Doha eine Vereinbarung über die Aufnahme tadschikischer Arbeitsmigranten in dem Emirat.
6.2.2019	Nach Angaben des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für religiöse Angelegenheiten, Sulaimon Dawlatsoda, wurde eine Sonderkommission eingerichtet, die den Bedarf an Moscheebauten eruieren und über eine Wiedereröffnung geschlossener Moscheen entscheiden soll. In den letzten Monaten sind bereits viele der vor ca. zehn Jahren geschlossenen Gotteshäuser wiedereröffnet worden.
8.2.2019	Nach Angaben des Komitees für Entwicklung des Tourismus hatte Tadschikistan 2018 Einnahmen in Höhe von ca. 214 Mio. Somoni (22,5 Mio. US-Dollar) aus dem Tourismus.
12.2.2019	Der Journalist Chairullo Mirsaidow verlässt Georgien in Richtung eines europäischen Landes, nachdem er am Vortag in Tadschikistan zur Fahndung ausgeschrieben worden war.

11.2.2019	Fergana Agency berichtet, dass ca. 20 Bewohner des Dorfes Sebiston (Bezirk Dangara, Gebiet Chatlon) wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit der seit 2015 verbotenen PIWT verhaftet und befragt wurden. Die meisten von ihnen sind ehemalige Mitglieder der PIWT und Freunde oder Verwandte von Komila Dschannatulolocha, die 2015 in Deutschland politisches Asyl erhalten hatte. Sie leitet heute das Büro der PIWT in Deutschland.
11.2.2019	Ein Gericht in Moskau verurteilt zwei tadschikische Staatsbürger wegen der Vorbereitung von Anschlägen auf ein Einkaufszentrum in der russischen Hauptstadt sowie auf eine Bahnstrecke zu 15 Jahren Strafkolonie. Ein Komplize war bereits zuvor zu 11 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.
13.2.2019	Der Vorsitzende des Komitees für Sprache und Terminologie, Gawchar Scharofsoda, kritisiert auf einer Pressekonferenz eine Reihe tadschikischsprachiger Zeitschriften und Fernsehsender wegen der Verwendung von Fremdwörtern in ihren Publikationen.
14.2.2019	Der Handelsumsatz zwischen Tadschikistan und Usbekistan ist nach Angaben des Zolldienstes von 14,9 Mio. US-Dollar im Jahr 2015 auf 281,5 Mio. US-Dollar in 2018 gestiegen.
14.2.2019	Nach Angaben des Vorsitzenden des Zolldienstes, Chursched Karimsoda, haben turkmenische Grenzer mit der Abfertigung der sich seit zehn Tagen anstauenden, hunderten von tadschikischen LKWs an ihrer Grenze begonnen. Gründe für die Verzögerung sind nicht bekannt.
14.2.2019	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf einen Mitarbeiter des Zolldienstes, dass im Dezember 2018 auf dem Flughafen von Duschanbe 5.000 von einer baptistischen Kirche bestellte Kalender wegen Propaganda für eine fremde Religion konfisziert und später verbrannt wurden.
15.2.2019	Das Innenministerium teilt auf seiner Website mit, dass der im niederländischen Exil lebende stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Allianz Tadschikistans, Scharofiddin Gadojew, am Morgen auf eigenen Wunsch in seine Heimat zurückgekehrt sei und sein Verhalten bedauere. Der tadschikische Dienst von RFE/RL äußert Zweifel an der Freiwilligkeit der Rückkehr. HRW fordert die Regierung der Niederlande auf, sich für Gadojew zu engagieren.
15.2.2019	Die Staatsschulden Tadschikistans lagen nach Angaben von Finanzminister Faisiddin Kachchorsoda am 1.1.2019 bei 3,6 Mrd. US-Dollar, das entspricht 48,8% des BIP des Landes. 2,9 Mrd. US-Dollar davon sind Auslandsschulden. Der Hauptkreditgeber ist die chinesische Exim-Bank, der der tadschikische Staat mehr als 1,2 Mrd. US-Dollar schuldet.
15.2.2019	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt einen 39-jährigen Mann aus dem Gebiet Chatlon wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf die russische Militärbasis in Tadschikistan zu einer 30-jährigen Freiheitsstrafe. Der Mann, der im Kontakt mit dem IS stand, war bereits 2004 und 2007 wegen terroristischer Anschläge in Russland verurteilt worden.

Turkmenistan

17.12.2018	In dem neuen Lebenshaltungskosten-Rating des Londoner Beratungsunternehmens ECA International wird Aschgabat als die teuerste Stadt der Welt für Expats geführt. 2017 war Aschgabat noch auf Platz 146. Der Anstieg der Kosten hängt nach Angaben des Direktors des Unternehmens mit der Wirtschaftskrise, der Knappheit vieler Produkte und der ständig steigenden Inflation zusammen.
17.12.2018	Turkmenistan nimmt (wie Tadschikistan) nicht an der Abstimmung über eine von der Ukraine eingebrachte Resolution gegen die Militarisierung der Krim in der UN-Vollversammlung teil. Sie wird von 66 Staaten unterstützt; 19 stimmen dagegen. Kasachstan und Kirgistan enthalten sich (wie 70 weitere Staaten).
18.12.2018	Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) berichtet, dass die Polizei in Aschgabat Fußgänger, die Straßen nicht an Fußgängerübergängen überqueren, mit Geldstrafen belegt.
18.12.2018	In Aschgabat erscheint neues Buch des Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow unter dem Titel »Zu neuen Höhen des Fortschritts«, das vor allem Reden, Artikel, Interviews und Ansprachen des Präsidenten enthält.
18.12.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass staatliche Behörden die Installation der Zähler für Gas, Licht und Wasser in privaten Haushalten bei Hausbesuchen überprüfen würden und dass viele Arbeitgeber für ihre Mitarbeiter wichtige Dokumente nur noch nach Vorlage eines Installationsbelegs unterzeichnen würden. In einigen Gebieten des Landes gäbe es nicht genug Zähler, was zu langen Schlangen und Wartezeiten an Verkaufspunkten führe.
19.12.2018	In Turkmenabad endet eine mehrtägige Sitzung der turkmenisch-usbekischen Zwischenregierungskommission für die Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
1.1.2019	Turkmenistan übernimmt den Vorsitz der GUS für das Jahr 2019. Zentrale Themen des Vorsitzes sollen Stabilität, Sicherheit, Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten und verbesserte Zusammenarbeit mit den anderen Staaten der Region sein.

1.1.2019	Ein neues Gesetz verbietet den Verkauf und Konsum von Alkohol an Bord von Schiffen, Flugzeugen, Zügen und in Sporteinrichtungen. Darüber hinaus darf an nationalen Feiertagen sowie an Samstagen und Sonntagen Alkohol nur noch in Bars und Restaurants ausgeschenkt, aber nicht mehr in Geschäften verkauft werden.
2.1.2019	Präsident Berdymuchammedow gibt bekannt, dass sein Sohn Serdar das Amt des stellvertretenden Außenministers abgeben und stattdessen stellvertretender Gouverneur des Gebiets Achal, aus dem die Familie des Präsidenten sowie fast die gesamte turkmenische Politelite stammt, wird.
5.1.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass sich die Kosten für kommunale Dienstleistungen zum neuen Jahr von bisher 7,4 Manat (2,11 US-Dollar) pro m ² auf 16,9 Manat (4,83 US-Dollar) mehr als verdoppelt haben.
7.1.2019	Die Regierung gibt bekannt, dass am 31.3.2019 erneut Parlamentswahlen stattfinden werden, um die bei der letzten Wahl im März 2018 noch freigeblichenen Sitze im Parlament zu füllen.
11.1.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass am Flughafen von Aschgabat mehr als zehn turkmenische Staatsbürger ohne Angabe von Gründen und trotz vollständiger Unterlagen nicht an Bord eines Fluges nach Frankfurt gelassen wurden.
14.1.2019	Außenminister Raschid Meredow nimmt an einem Treffen der Außenminister im Rahmen des Dialogformats Indien-Zentralasien im usbekischen Samarkand teil, bei dem Fragen der wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit sowie die Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans erörtert werden
17.1.2019	Zwei Tage nach der Veröffentlichung einer Meldung von RFE/RL, laut derer das Verteidigungsministerium wegen der angespannten Situation an der Grenze zu Afghanistan begonnen habe, alle Männer unter 50 Jahren, die gesundheitlich fit sind, als Reservisten für die Armee einzuziehen, dementiert die staatliche Nachrichtenagentur Turkmenportal die Meldung. Die Lage an der Grenze zu Afghanistan sei unter vollständiger Kontrolle und ein bewaffneter Angriff sei nicht zu befürchten.
18.1.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die Behörden die Einwohner von Aschgabat mit Geldstrafen wegen ihres Wasserverbrauchs der vergangenen Jahre belegen und Gebühren für die Jahre 2015 bis 2017 eintreiben würden. Eigentlich waren kommunale Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Gas bis einschließlich Dezember 2017 staatlich finanziert und deshalb gratis.
22.1.2019	Die NGO Forum18 meldet, dass ein 18-jähriger Anhänger der Zeugen Jehovas wegen seiner religiös motivierten Weigerung, den Militärdienst anzutreten, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.
25.1.2019	Der Sohn des Präsidenten und Gouverneur des Gebiets Achal, Serdar, nimmt an einer Zeremonie anlässlich des Baubeginns einer neuen, 600 km langen Autobahn teil, die Aschgabat mit Turkmenabat (Gebiet Lebap) verbinden soll. Der Bau der Autobahn, die den innerturkmenischen Handel ankurbeln soll, ist mit 2,3 Mrd. US-Dollar veranschlagt.
28.1.2019	Laut einer neuen Recherche von Bellingcat hat Turkmenistan zwischen 2007 und 2017 Waffen für insgesamt 370 Mio. Euro von EU-Mitgliedsländern erworben, davon flossen ca. 76 % (257 Mio. Euro) nach Italien. Allein 2017 soll Italien 300 Gewehre an die turkmenische Regierung für den Preis von insgesamt 528.000 Euro geliefert haben.
29.1.2019	Im Corruption Perception Index von Transparency International für das Jahr 2018 nimmt Turkmenistan unter den zentralasiatischen Ländern den letzten Platz ein (Platz 161 von insgesamt 180 Ländern).
29.1.2019	Nach Informationen des turkmenischen Dienstes von RFE/RL haben die Behörden neue Verbote eingeführt, die es Studenten während der Winterferien untersagen, Mobiltelefone und das Internet zu benutzen, an Hochzeiten oder anderen Feierlichkeiten teilzunehmen und ihren registrierten Wohnort zu verlassen.
31.1.2019	Jasmyrat Muchammetmuradow, bisher stellvertretender Vorsitzender des Turkmengaz-Staatskonzerns, wird zum Generaldirektor des Turkmenbashi-Ölraffinerien-Komplexes ernannt.
2.2.2019	Hunderte Lehrer und Schüler müssen in Aschgabat die Straßen reinigen, auf denen Präsident Berdymuchammedow und sein Konvoi im Laufe des Tages für einen Ausflug in die Vororte der Stadt fahren werden.
5.2.2019	Die Europäische Agentur für Flugsicherheit setzt mit sofortiger Wirkung alle Flüge der Fluggesellschaft Turkmenistan Airlines in Länder der EU sowie Transitflüge über die EU aus, bis die Einhaltung internationaler Sicherheitsstandards durch das Unternehmen gewährleistet wird. Kurz darauf spricht die US-Botschaft in Aschgabat ein Verbot für ihre Mitarbeiter aus, Flüge der Airline zu nutzen.
6.2.2019	Außenminister Meredow empfängt seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Aschgabat zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit, insbesondere im Energie- und Ressourcenbereich.
13.2.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass sich seit dem 8.2.2019 mehr als hundert Lastwagen mit Ladungen wie Baumwollöl, Kraftstoffe und Marmor an mehreren Grenzübergängen stauen, da die turkmenischen Behörden sie aus nicht bekannten Gründen nicht nach Tadschikistan passieren lassen.

14.2.2019	Der turkmenische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Präsident Berdymuchammedow bereits am 29.1.2019 beschlossen hat, mehrere Ministerien zusammenzulegen und eine Reihe staatseigener Unternehmen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und am 12.2.2019 angeordnet hat, 15 % der Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung und Kultur abzubauen. Laut Informationen der Chronika Turkmenistana sollen allein ein Drittel der Wissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften entlassen werden.
-----------	--

Usbekistan

16.12.2018	In einem Dorf in der Nähe von Moskau kommen drei usbekische Arbeitsmigranten durch eine Gasvergiftung ums Leben.
17.12.2018	Im neuen Sustainable Economic Development Assessment 2018 der Boston Consulting Group nimmt Usbekistan den 101. von 152 Rängen ein. Kasachstan steht auf Platz 57, Kirgistan auf 95 und Tadschikistan auf 108.
19.12.2018	Bei einer Sitzung des Internationalen Presseklubs in Taschkent erklärt ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, dass die Tochter des ehemaligen Präsidenten, Gulnara Karimowa, eine Haftstrafe in Usbekistan verbüße. Am gleichen Tag wird bekannt, dass das Weiße Haus Sanktionen gegen Karimowa im Rahmen des sog. Global Magnitsky Act für ein Jahr verlängert hat.
19.12.2018	In Turkmenabad endet eine mehrtägige Sitzung der gemeinsamen usbekisch-turkmenischen Zwischenregierungs-kommission für Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
20.12.2018	Präsident Schawkat Mirsijojew kündigt in einer Videobotschaft an, dass 2019 die schwierigste Etappe des Transformationsprozesses bevorstehe. Für den unbedingt erforderlichen ökonomischen Erfolg seien dringend Spezialisten erforderlich. Allerdings fehlen nach Angaben auf der Website des Präsidenten in Usbekistan bis zu 500.000 Fachkräfte.
21.12.2018	Der ehemalige Vorsitzende des Staatlichen Zollkomitees, Muidschon Tochirij, wurde nach Angaben des Pressedienstes der Generalstaatsanwaltschaft verhaftet.
21.12.2018	Usbekistan hat nach Angaben von Asia-Plus die Bestimmungen für den Transit von Gütern über sein Staatsgebiet vereinfacht, die Fristen für den Transit wurden verlängert und neue Strecken freigegeben.
21.12.2018	Präsident Mirsijojew wird von der Asia Journalist Association (AJA) wegen seiner Verdienste für den Frieden in Zentralasien durch die Entwicklung guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten zum Mann des Jahres in der Kategorie Politik bestimmt.
22.12.2018	Die stellvertretende Premierministerin Tansila Narbajewa wird zur Vorsitzenden des Frauenkomitees Usbekistan wiedergewählt. Premierminister Abdulla Aripow äußert sich in seiner Rede auf der Konferenz kritisch über die Frauenpolitik Islam Karimows.
25.12.2018	Der staatliche Fernsehsender Uzbekistan 24 berichtet, dass Präsident Mirsijojew bei einem Treffen mit Vertretern des Staatlichen Sicherheitsdienstes dazu aufgerufen habe, der Resozialisierung von Unterstützern religiös-extremistischer Organisationen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.
25.12.2018	Zur Erleichterung des Zugangs zu der im Gebiet Andischan liegenden kirgisischen Exklave Barak wird der seit 2013 geschlossene Grenzübergang Birlaschan – Ak-Tasch wieder geöffnet.
27.12.2018	Usbekistan hat Orduchan Mechdijew, den Eigentümer des Busses, dessen durch schlechten technischen Zustand hervorgerufener Brand 52 Usbeken im Januar 2018 auf einer kasachstanischen Landstraße das Leben gekostet hatte, an Kasachstan ausgeliefert, melden mehrere Medien. Der kasachstanische Staatsbürger hatte versucht, sich in Usbekistan der Strafverfolgung zu entziehen.
27.12.2018	Bechsod Musajew wird zum neuen Chef der Staatlichen Steuerbehörde ernannt, er hatte das Amt seit der Verhaftung von Botir Parpijew im Mai 2018 bereits kommissarisch ausgeübt.
28.12.2018	In seiner Neujahrsbotschaft an das Parlament regt Präsident Mirsijojew an, dass die Regierungsmitglieder von der Volksvertretung ernannt werden sollten. Außerdem gibt er bekannt, dass 2019 in Usbekistan das Jahr der aktiven Investitionen und sozialen Entwicklung wird.
3.1.2019	Präsident Mirsijojew trifft mit dem neuen usbekischen Generalsekretär des SCO, Wladimir Norow, zusammen und bezeichnet dessen Amtsantritt als historisches Ereignis.
7.1.2019	Nach einer neuen Resolution Präsident Mirsijojews wird es ab 1.3.2019 in Usbekistan möglich werden, frei zu fotografieren und Videoaufnahmen zu machen, wenn ein Ort nicht durch ein ausdrückliches Verbotsschild gekennzeichnet ist. Auf Anordnung des Präsidenten soll bis 1.2.2019 eine Liste der verbotenen Objekte und Plätze erstellt werden.
8.1.2019	In Taschkent findet der konstituierende Kongress für die Bildung einer Ökologischen Partei statt, auf dem Fragen des Programms, der Wahl der Mitglieder der Parteiführung etc. erörtert werden.

10.1.2019	Nach Angaben des Ministeriums für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen ist ab sofort die Registrierung am Wohnsitz keine Voraussetzung mehr für eine Anstellung.
11.1.2019	Das Wirtschaftsministerium wird umstrukturiert in ein Ministerium für Wirtschaft und Industrie.
12.1.2019	Außenminister Abdulusis Kamilow empfängt im Vorfeld des Dialogs Indien-Zentralasien in Samarkand seine Amtskollegen aus Indien, Afghanistan, Kasachstan und Tadschikistan, Sushma Swaraj, Salahiddin Rabbani, Beibut Atamkulow und Siroduschidin Muchridin, zu bilateralen Gesprächen über die gegenseitigen Beziehungen und regionale Fragen.
14.1.2019	In Samarkand findet der Indien-Zentralasien Dialog unter Beteiligung der Außenminister Usbekistans, Indiens, Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans, Turkmenistans und Afghanistans statt. Die Minister sagen die Unterstützung ihrer Regierungen für die Schaffung von Frieden und Stabilität in Afghanistan zu.
14.1.2019	Die EBRD gewährt Uzbekenergo einen Kredit in Höhe von 240 Mio. US-Dollar, der für den Ausbau des Heizkraftwerkes von Talimardschan (Gebiet Kaschkadarja) verwendet werden soll.
14.1.2019	In Berlin findet unter Beteiligung von mehr als 200 deutschen Unternehmen ein usbekisch-deutsches Businessforum statt, bei dem nach usbekischen Angaben Verträge im Wert von 4 Mrd. US-Dollar unterzeichnet werden.
15.1.2019	Der südkoreanische Justizminister Park Sang-ki trifft während seines Taschkentbesuches mit seinem usbekischen Amtskollegen Ruslanbek Dawletow und Generalstaatsanwalt Otabek Murodow zu Gesprächen über eine Intensivierung der Kontakte zusammen.
15.1.2019	Ab sofort brauchen deutsche Staatsangehörige bei Aufenthalt bis zu 30 Tagen in Usbekistan kein Visum mehr. Die Einführung der Visafreiheit war eigentlich erst für den 1.1.2021 geplant gewesen.
16.1.2019	Die Menschenrechtsbeauftragten Usbekistans und der RF, Ulugbek Muchammadijew und Tatjana Moskalkowa, unterzeichnen in Taschkent ein Memorandum über eine verstärkte Zusammenarbeit.
17.1.2019	Reporter ohne Grenzen fordert Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, bei ihrem bevorstehenden Treffen mit Präsident Mirsijojew in Berlin das Thema Freiheit der Medien anzusprechen.
17.1.2019	Im neuen World Report 2019 von HRW werden eine Reihe von Veränderungen im Menschenrechtsbereich in Usbekistan positiv vermerkt. Es wird aber auch kritisch angemerkt, dass das politische System nach wie vor autoritär sei und noch Tausende von Menschen aus politischen Gründen inhaftiert seien.
17.1.2019	In Karschi (Gebiet Kaschkadarja) endet ein einwöchiges Treffen der gemeinsamen usbekisch-turkmenischen Regierungskommission zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
18.1.2019	Präsident Mirsijojew trifft während seines Indienbesuches mit Premierminister Narendra Modi zu Gesprächen über aktuelle Fragen des bilateralen Verhältnisses und der internationalen Politik zusammen und nimmt am Investitionsgipfel Dynamic Gujarat teil. Beide Seiten unterzeichnen einen Vertrag über die langfristige Lieferung von Uran an Indien.
18.1.2019	Usbekistan hatte nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik am 1.1.2019 eine Bevölkerung von 33.254.100 Menschen, was einem Bevölkerungswachstum von 1,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. 50,5% der Bevölkerung leben in der Stadt.
21.1.2019	Präsident Mirsijojew wird während seines Staatsbesuches in Deutschland von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Merkel und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble zu Gesprächen vor allem über Möglichkeiten einer Vertiefung der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit empfangen. Am 22.1.2019 wird Mirsijojew in München mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder und Vertretern der deutschen Wirtschaft zusammentreffen.
21.1.2019	Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten erklärt in Reaktion auf die Anfrage eines usbekischen Journalisten, dass die Schweiz daran interessiert sei, Usbekistan die im Zusammenhang mit dem Korruptionsfall Gulnara Karimowa auf Schweizer Konten eingefrorenen Guthaben in Höhe von ca. 1 Mrd. US-Dollar zurückzugeben. Das Land müsse dafür aber eine Reihe von Bedingungen erfüllen, u. a. die Unterzeichnung einer Vereinbarung über Transparenz der Rücküberweisung.
21.1.2019	Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik wurden 2018 55.000 Unternehmen neu gegründet; die Zahl der Unternehmen, die mit ausländischem Kapital operieren, stieg gegenüber dem Vorjahr um 37% und betrug 2043, ihre Eigentümer stammen meist aus Russland, der Türkei und China.
21.1.2019	Der Mindestlohn wird auf Beschluss der Regierung um 15% auf 577.172 Sum (69 US-Dollar) pro Monat angehoben.
22.1.2019	Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik lag das geschätzte BIP Usbekistans bei 14,5 Mrd. Sum (48,2 Mio. US-Dollar) und damit um 5,1% höher als 2017. Das BIP pro Kopf soll bei 12.365.600 Sum (1.464 US-Dollar) liegen, was einer Steigerung von 3,3% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

24.1.2019	Der Export von Baumwolle ist nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik 2018 mit 115.600 t im Wert von 222,1 Mio. US-Dollar erheblich gesunken (2017: 278.900 t; 2015: 503.800 t) und machte nur noch 1,6% der Gesamtexporte aus.
24.1.2019	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt 11 Staatsbürger Usbekistans und Kirgistans zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und 18 Jahren wegen Mitgliedschaft im IS und Planung von Anschlägen in Moskau und Sankt Petersburg.
26.1.2019	Verteidigungsminister Abdusalom Asisow trifft zu einem fünftägigen Besuch in den USA ein, wo er in Shelby (Mississippi) das Manöver South Strike beobachten und in Tampa (Florida) mit der Führung des U.S. Central Command zusammentreffen wird.
27.1.2019	In Duschanbe endet ein weiteres Treffen der Regierungsarbeitsgruppen Tadschikistans und Usbekistans zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
28.1.2019	Präsident Mirsijojew ernennt Dschamschid Chodschajew anstelle von Bachodir Jusupow zum neuen Landwirtschaftsminister. Sardor Umursakow wird zum Chef des neu gebildeten Ministeriums für Investitionen und Außenhandel berufen. Gleichzeitig findet eine ganze Reihe von Umbesetzungen auf der Ebene der Vize-Premiers und stellvertretenden Minister statt.
28.1.2019	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Umorganisation der Regierung, mit der die Zahl der stellvertretenden Premierminister von acht auf fünf und die Zahl ihrer Mitarbeiter von 253 auf 173 reduziert wird. Außerdem wird festgelegt, dass der Premier, seine Stellvertreter sowie ihre Berater nicht staatlichen Unternehmen und Gesellschaften vorstehen dürfen. Außerdem werden die Kompetenzen des Parlaments bei der Ernennung der Regierungsmitglieder erhöht.
28.1.2019	Nach Angaben des Ministeriums für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen lag die Arbeitslosenquote in Usbekistan 2018 bei 9,3% und damit um 3,5% höher als im Vorjahr.
28.1.2019	Im neuesten Index of Economic Freedom der Heritage Foundation verbessert Usbekistan seinen Rang um 12 Positionen auf Platz 140 (von 180), bleibt damit aber in der Gruppe der Staaten, die als »mostly unfree« gelten.
29.1.2019	Usbekistan nimmt im neuesten Corruption Perception Index von Transparency International den 158. Rang (von 180) und damit unter den zentralasiatischen Staaten hinter Turkmenistan den zweitschlechtesten Platz ein.
31.1.2019	Der Sonderbeauftragte für Afghanistan, Ismatulla Irgaschew, trifft am Rande der Sitzung der Internationalen Kontaktgruppe für Afghanistan in London mit seinen Amtskollegen aus den USA und Deutschland, Alice Wells und Markus Potzel, u. a. zusammen.
1.2.2019	Mit Dekret Präsident Mirsijojews wird die Staatliche Agentur für Presse und Information umgebildet in eine Agentur für Information und Massenkommunikation, die der Präsidentenadministration unterstellt wird.
4.2.2019	Der aserbaidjanische Wirtschaftsminister Schahin Mustafajew trifft gemeinsam mit Landwirtschaftsminister Inam Karimow zu einem zweitägigen Besuch in Taschkent ein, währenddessen er u. a. mit Premierminister Abdulla Aripow Gespräche führen wird.
4.2.2019	Alischer Sultanow wird von seinem Amt als Vize-Premier mit Zuständigkeit für Geologie, Wärmeenergie usw. entbunden und zum Energieminister ernannt und Atschilbaj Ramatow wird zum stellvertretenden Premier und Transportminister ernannt. (Das Transportministerium wurde per Erlass Präsident Mirsijojews am 1.2.2019 neu gebildet, das Dokument aber erst am 7.2.2019 veröffentlicht.)
4.2.2019	Die Vorsitzende des Frauenkomitees und stellvertretende Premierministerin Narbajewa beendet einen mehrtägigen USA-Besuch, bei dem sie u. a. Gespräche im State Department führte, mit dem Vize-Präsident der Weltbank mit Zuständigkeit für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, zusammentraf und sich vor allem bei dem jährlichen Kongress der Cotton Campaign um eine Aufhebung des Boykotts der großen US-amerikanischen Textilfirmen gegenüber usbekischer Baumwolle bemühte.
4.2.2019	Präsident Mirsijojew ernennt Komil Allamschonow zum Direktor der Agentur für Information und Massenkommunikation.
5.2.2019	Energieminister Alischer Sultanow trifft in Taschkent mit einer Delegation der International Atomic Energy Agency (IAEA) zu Gesprächen über den geplanten Bau des ersten Atomkraftwerkes des Landes zusammen.
7.2.2019	In Taschkent endet die erste Runde der Gespräche zwischen Usbekistan und der EU über ein neues, erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA).
8.2.2019	Fergana Agency meldet, dass am 5.2.2019 der unabhängige Journalist Asis Jusupow vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen wurde. Er war im August 2016 mit einem nach Ansicht von Menschenrechtlern gefakten Urteil wegen Drogenbesitzes verurteilt worden.

11.2.2019	Der Vorsitzende des Dienstes für staatliche Sicherheit (SGB), Ichtijor Abdullajew, wird aus gesundheitlichen Gründen seines Amtes enthoben. Nachfolger wird der bisherige Verteidigungsminister Abdusalom Asisow, dessen Amt sein bisheriger Stellvertreter Bachodir Kurbanow übernimmt. Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf Insider, dass ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen Abdullajew laufe. In der Vorwoche war bereits bekannt geworden, dass Strafverfahren wegen Korruption gegen eine Reihe hochrangiger Mitglieder des SGB laufen.
11.2.2019	Präsident Mirsijojew ernennt die bisherige südkoreanische stellvertretende Ministerin für Bevölkerungspolitik, Dong Wuk Li, zur stellvertretenden Gesundheitsministerin Usbekistans.
13.2.2019	Außenminister Kamilow trifft zu einem mehrtägigen Besuch in Deutschland ein, währenddessen er erstmals an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnehmen und eine Reihe bilateraler Gespräche führen wird.
14.2.2019	Die Generalstaatsanwaltschaft dementiert von Islam Karimow d.J. über Instagram verbreitete Nachrichten, dass auf seine Mutter, Gulnara Karimowa, Druck ausgeübt und medizinisch notwendige Arztbesuche verhindert würden. Karimow hatte in seiner Nachricht Präsident Mirsijojew um Hilfe gebeten.
14.2.2019	Die Regierung ernennt Bachodirdschon Sidikow zum neuen Vorstandsvorsitzenden von Uzbekneftgaz.
14.2.2019	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass der vor drei Tagen entlassene Vorsitzende des SGB Abdullajew wegen Korruptionsverdachts verhaftet wurde.
15.2.2019	Ein schwedisches Gericht spricht den ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Telekommunikationsfirma Telia, Lars Nyberg, und zwei weitere Mitarbeiter vom Vorwurf der Zahlung von Bestechungsgeldern für den Zugang der Firma auf den usbekischen Markt frei. Die Ermittlungsbehörden hatten seit 2012 gegen drei schwedische Telekommunikationsfirmen wegen des Verdachts der Zahlung von Schmiergeldern an Firmen der Präsidententochter Gulnara Karimowa ermittelt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

